

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Kummer mit Wochr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1890 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Besichtigung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur
Juni 1. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 23. März 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Verkehr der Fabrikinspektoren mit den Arbeitern.

In seinem jüngst erschienenen Jahresbericht für 1892 konstatiert der badische Fabrikinspektor, Dr. Wörriehöfer, daß der Verkehr mit den Arbeitern im Berichtsjahre keine Vermehrung erfahren und sich in bescheidenen Grenzen bewege. Er hat sich in der Hauptsache auf den Bezug derselben zu Besprechungen und Erörterungen bei den Revisionen beschränkt. Ein solcher Bezug wurde überall herbeigeführt, wo erheblichere Interessen der Arbeiter in Frage kamen und es sich nicht nur um die Durchführung bestimmter gesetzlicher Vorschriften handelte und wo bei den Arbeitern genügendes Verständniß für den Gegenstand vorausgesetzt werden konnte. Der Wert dieses Bezuges ist aber sowohl dadurch beeinträchtigt, daß er in Gegenwart eines an der Revision theilnehmenden Betriebsleiters erfolgt, wodurch sich die Arbeiter, auch wenn es sich um rein sachlich zu erörternde Gegenstände handelt, beeengt fühlen, sowie dadurch, daß die Arbeiter für sie zu unermittelt in die Erörterung eines ihrem augenblicklichen Gedankenkreis fern liegenden Gegenstandes hineingezogen werden. Der aus der eigenen Initiative der Arbeiter hervorgehende Verkehr mit der Fabrik-Inspektion ist ein äußerst dürftiger.

Als Gründe dieser Zurückhaltung der Arbeiter bezeichnet Herr Wörriehöfer deren nicht unberechtigte Furcht vor Maßregelungen seitens ihrer Arbeitgeber, wenn sie ihre Anliegen, namentlich bezüglich der Einrichtung der Anlagen, zur Kenntniß der Fabrik-Inspektion bringen. Wie sehr gerechtfertigt diese Furcht der Arbeiter ist, wird bewiesen durch Anführung einer Schuhfabrik, die in ungeeigneten Räumen untergebracht war, worüber die Arbeiter bei der Fabrik-Inspektion sich beschwerten und infolge dessen fünf von ihnen gemahnt wurden. Auf Intervention des Aufsichtsbeamten wurden zwei der entlassenen Arbeiter wieder aufgenommen. Sehr richtig bemerkt der Bericht zu diesem Vorkommniß: „Jedenfalls mußte man Fabriken, welche diese von den Besuchen gewollte Thätigkeit zu erschweren und zu durchkreuzen suchten, für solche halten, die eine besonders eingehende Ueberwachung nöthig machten. In einem anderen Falle ist allerdings der Beschwerde der Arbeiter ebenso bereitwillig wie weitgehend Folge gegeben worden ohne jede Maßregelung.“

In voller Würdigung der gegenwärtigen, für einen verstandigen Fabrikinspektor unbefriedigenden Situation begrüßt denn auch Dr. Wörriehöfer die Bestellung einer Ueberwachungs-Kommission seitens der organisierten Arbeiter in Mannheim, welches Beispiel von den Arbeitern an allen Industriestandorten nachgeahmt werden sollte. Indes dürften die meisten der übrigen deutschen Fabrikinspektoren, die bezüglich der sozialpolitischen Auffassung ihres schönen Berufes vielfach gar sonderbare Heilige sind, kaum den Mangel lebhaften direkten Verkehrs mit den Arbeitern

bitter empfinden. Daß stellenweise für einen solchen Verkehr bei den Fabrikinspektoren jedes Verständniß fehlt, hat vor etwa anderthalb Jahren der Darmstädter Fabrikinspektor bewiesen, als er eine ihm zugegangene, nicht anonyme Arbeiterbeschwerde an den betreffenden Fabrikanten zurückleitete — zweifellos das richtige Verfahren, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben. Erinnert man sich ferner des Falles in Köln, wo der Fabrikinspektor Jäger von den dortigen Unternehmern in corpore heftig bekämpft und infolge des bezüglichen kapitalistischen Protestes von der unternehmerfreundlichen Regierung gerügt wurde, so erscheinen in Deutschland die Umstände gar nicht ermunternd für die Fabrikinspektoren, den Verkehr mit den Arbeitern zu suchen. Von der Errichtung von Arbeiter-Ueberwachungskommissionen aller Orten ließe sich jedoch ein lebhafterer Verkehr zwischen den Beiden wolens volens erwarten.

Bei dem Verkehr zwischen Fabrikinspektor und Arbeiter müssen seitens des ersteren eben auch alle Verhältnisse in Berücksichtigung gezogen werden. Geschieht dies, so muß er dazu kommen, bei seinen Rundgängen in den Fabriken keinen Arbeiter über irgend etwas ausfragen zu wollen; er muß darauf verzichten, obwohl es das allein Richtige wäre, dem Arbeiter da Gelegenheit zur Vorbringung seiner Beschwerden zu geben, wo die Uebelstände in concreto bestehen. Es ist sehr bemerkenswerth, was über diesen Punkt der schweizerische Fabrikinspektor Dr. Schuler in seinem Berichte pro 1890/91 sagt: „Wenn wir bei unseren Besuchen in ein längeres Gespräch mit einzelnen Arbeitern uns einließen und nachher der Geschäftsleitung irgend welchen Tadel auszusprechen hatten, wurde oft genug der Angeprochene beim Prinzipal als Denunziant verdächtigt und erfuhr solche Unannehmlichkeiten, daß er kaum ein andermal die Ansprache durch den Fabrikinspektor willkommen heißen wird. Weil wir dies wissen, weil wir auch zur Genüge erfahren, wie wenige Arbeiter sich im Arbeitslokal ungeschert über Uebelstände aussprechen, auch dann, wenn weder Prinzipal noch Aufseher uns begleiten, verzichten wir, trotz allen Vorwürfen, die uns deswegen hier und da gemacht werden, darauf, die Arbeiter zur Anbringung der Klagen bei unseren Besuchen zu veranlassen. Liegen schwere Anklagen vor, ziehe ich es, seit die Vermehrung des Personals mir die Möglichkeit hierzu gewährt, bei weitem vor, mich ausschließlich zum Zweck einer genauen Untersuchung an Ort und Stelle zu begeben und an sicherem Ort mit mehreren, oft recht vielen, Personen eigentliche Einzelverhöre vorzunehmen. Die Arbeiter sprechen sich hier weit offener aus, die Arbeitgeber aber haben noch stets bereitwillig Lokale zur Verfügung gestellt und jede Unterstützung gewährt, namentlich sofern sie die Resultate der Untersuchung nicht zu scheuen hatten. Im übrigen fällt es dem Arbeiter nicht schwer, seine Klagen beim Inspektor anzubringen, sei es mündlich, indem er ihn in seinem Bureau oder im

Gasthof, wenn er auf der Reise ist, aufsucht, oder aber schriftlich, ein Weg, der fast täglich vom einen oder andern eingeschlagen wird. Wünschbar wäre nur, daß nach englischem Brauch die Adresse des Inspektors in jeder Fabrik angeschlagen würde. Die frühere Furcht, daß Klagen dem Angeklagten genannt würden, scheint endlich doch im Verschwinden zu sein. Wo die Beschwerdeführer bekannt wurden, haben sie sich durch eigene Unklugheit verrathen; vom Inspektor werden sie, soweit nicht Berichte ausdrücklich dazu nöthigen, nie genannt, außer wo der Anzeiger als eigentlicher Lügner sich erwiesen hat.

Am entwickeltsten ist bekanntlich der Verkehr der Fabrikinspektoren mit den Arbeitern in Oesterreich, wo jedoch der Mangel einer genügenden Fabrikinspektion offenkundig ist und von den Arbeitern überall empfunden wird, da nur eine lächerlich geringfügige Zahl solcher Beamten thätig ist. Im Jahre 1890 wandten sich die Arbeiter in 5023 und 1891 in 5918 Fällen an die Fabrikinspektoren mit dem Ersuchen um Intervention Gegenstände derselben waren: Lohnstreitigkeiten, vorzeitige Entlassung (also Kontraktbruch seitens der Fabrikanten, bezüglich dessen die Fabrikinspektoren vermittelten z. B. im Jahre 1891; in den anderen Bezirken liegen die Verhältnisse ähnlich), ungebührliche Behandlung, Ueberschreiten der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit, Unfall- und Krankenversicherung, schlechte Unterkunft, Borenthalten der Arbeitsbücher und Verweigerung des Zeugnisses, Borenthalten des Lehrzeugnisses, Lohnverkürzung, Beschimpfung und Mißhandlung, Arbeitseinstellungen, Altersversorgung, Arbeitsordnungen, Schutzvorrichtungen, Nichtgestattung des Besuchs der Wiederholungsschule, Wittwenunterstützung, geschwidge Arbeitszeugnisse, Nichtgewährung von Ruhepausen, Nichteinhaltung der Sonntagsruhe, geschwidge Verwendung von Frauen und jugendlichen Hilfsarbeitern zur Nacharbeit, Verweigerung des Begräbnißbeitrages, Verwendung von nichtgeprüften Heizern, gesundheitschädliche und lebensgefährliche Arbeitsräume, hohe Geldbußen u. s. w.

Die österreichischen Gewerbe-Inspektoren sind von der häufigen Inanspruchnahme seitens der Arbeiter sehr erfreut. „Mit wahrer Befriedigung kann ich berichten,“ sagt der Grazer Gewerbe-Inspektor (1891), „daß die Arbeiter im Berichtsjahre uns in noch höherem Maße in Anspruch genommen, als dies in früheren Jahren schon der Fall gewesen ist. Es erschienen auch Arbeiter aus sehr entfernten Betrieben, den weiten Weg nicht scheuend, um sich bei mir Rath zu erholen, Beschwerden vorzubringen oder Anzeigen zu erstatten. Zu gleicher Absicht wurde ich vielfach von Arbeitern aufgesucht, wenn ich auswärts irgendwo thätig war und die Nachricht von der Anwesenheit des Gewerbe-Inspektors sich unter der Arbeiterschaft des betreffenden Ortes verbreitet hatte. Viele Arbeiter wieder bedienten sich des schriftlichen Weges.“ Der Grazer

Feuilleton.

NOCH NUR ERHOLN.)

(46)

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepiak.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Nachdem letzterer den Auftrag des Polizei-Inspektors ausgeführt und den Feind in sein eigenes Zimmer geleitet hatte, setzte er sich ruhig in die Ecke auf die Kante eines Stuhles. Er sah so unschuldig und gleichgültig aus, als man sich's nur wünschen konnte, fühlte sich in der That aber höchst unbehaglich. Die Zeit verstrich. Andrej konnte jede Minute, vielleicht sogar noch in Begleitung des Mädchens zurückkehren.

Die beiden Polizisten begannen sich zu unterhalten. Der große Sergeant stand an der Seite seines Vorgesetzten und beugte sich hinab, um ihm etwas in's Ohr zu flüstern. Wassilij sah deutlich, wie der Inspektor und der Sergeant sich nach einem Plaze an der Thür umfahen, welcher, wenn Andrej öffnete, nicht sichtbar wäre.

Sie beriethen, wie sie Andrej von beiden Seiten zu gleicher Zeit angreifen könnten, die Lumpenhunde!

Wie konnte man aber dem zuvorkommen? Die Fenster ihres Zimmers gingen auf den Hof, so daß er Andrej kein Warnungszeichen zu geben vermochte. Er konnte in dem bevorstehenden Kampfe schwerlich viel nützen, denn er war zufällig unbewaffnet, sein Revolver befand sich, ämlich, in

der Brusttasche seines Jaquets, welches er vor der Ankunft der Polizei abgelegt hatte und jetzt nicht gut, ohne Argwohn zu erregen, erlangen konnte. Wassilij wußte nicht, wie er da einen Ausweg finden sollte, als das entfernte Krachen einer Knete ihm eine gute Idee eingab.

„Gew. Gnaden!“ sagte er mit höchst unschuldigem Tone, „darf ich vom Fenster aus dem Feuerwerk zuschauen? Hier ist eine Kumpellammer, von der aus man den ganzen Garten übersehen kann.“

Der Polizeibeamte wollte gern mit seinem Sergeanten allein sein.

„Ja, gehe, wenn Du willst,“ sagte er, „gehe aber nicht weit. Ich werde Dich bald brauchen.“

So gelang es Wassilij, in die Kumpellammer zu schlüpfen, wo er an der Thür stehend und auf jedes von unten kommende Geräusch horchend, eine qualvolle Viertelstunde verbrachte.

Als er Andrej gewarnt hatte, kehrte er erleichtert und glücklich in die Kumpellammer zurück und genoß diesmal voll und ganz sein wohlverdientes Vergnügen.

Er war ein friedlicher, harmloser und ziemlich träger Bursche, dieser Wassilij. Ihm war jede Beschwerde unangenehm, er nahm das Leben so leicht als möglich und zog es immer vor, alle Hindernisse wegzuräumen oder ihnen listig auszuweichen, anstatt sie gewaltig zu durchbrechen.

Kapitel VII.

Bei Sina.

In Sina's Hause, in dem sich Andrej vorübergehend aufhielt, war man um Wassilij's Schicksal sehr besorgt. Alle erriethen etwas über die Art seiner Unannehmlichkeiten. Die Polizei war vielleicht zufällig in seine Wohnung gekommen und Wassilij hatte sich auf irgend eine Weise

verwickelt. Sie kannten ihn und erwarteten, daß er sich aus der Klemme ziehen und spätestens — am nächsten Morgen — zu ihnen gesellen würde. Der Morgen verging aber und Wassilij gab kein Zeichen.

Sie wurden unruhig. Sina ging nach der Wohnung des ihr befreundeten Schließers und ließ ihn durch seine Frau bitten, die Namen der lehthin Verhafteten ausfindig zu machen. Als sie sich um die gedöhlliche Stunde trafen, konnte der Schließer Sina versichern, daß Wassilij sich nicht unter diesen befand.

Annie Wulitsch war inzwischen in die Stadt geschickt worden, um bei den Leuten in Dubarowick Erkundigungen einzuziehen. Sie kehrte mit der unerwarteten, aber tröstlichen Nachricht zurück, daß sie Watajko Wassilij auf der Straße gesehen hätte und zwar frei, da keine Polizisten neben ihm zu entdecken waren. Doch befand sich Wassilij in einer eigenthümlichen Lage, denn er ging rasch vorüber und gab Watajko ein Zeichen, sich ihm nicht zu nähern oder zu ihm zu sprechen.

Dies war eine Bestätigung ihrer früheren Vermuthung. Wassilij war auf irgend eine Weise mit der Polizei verwickelt worden und hielt die Polizei jetzt zum Besten.

„Wir können uns feinnetwegen jetzt beruhigen,“ sagte Andrej. „Ich bin seit davon überzeugt, daß er sie anführen und in kurzer Zeit bei uns sein wird.“

Sina hegte dieselbe Hoffnung. Nachdem diese Besorgniß sich gelegt hatte, gewannen die alten Sorgen und Befürchtungen wieder die Oberhand. Am Abend, nachdem der Thee eingenommen war und alle drei sich in Sina's Wohnzimmer versammelt hatten, keine Haushaltungspflichten die Frauen von der Unterhaltung ablenkten, nahm Andrej die Sache wieder auf, in-

Aufsichtsbeamte bedauert die Anonymität vieler Beschwerde-
führer, da sie jede weitere Verständigung, Auskunfts-
erteilung und Mittheilung über den event. Erfolg der
Beschwerde unmöglich mache.

Der General-Gewerbe-Inspektor, Ministerialrath Doktor
Wigerla, sagt im allgemeinen Bericht (1891), daß die
Zuanspruchnahme durch Arbeiter und Arbeitgeber die Er-
füllung einer der schwierigsten und ungeachtet so mancher
Angriffe einerseits und ansehbaren, ja selbst völlig un-
gegründeter Anliegen andererseits, erfolgreichsten Auf-
gaben sei, welche das Gesetz den Gewerbe-Inspektoren
vorzeichnet.

Ueber den Verkehr mit den Arbeitgebern äußert
sich der Wiener und Neusiedler Gewerbe-Inspektor dahin,
daß namentlich die Kleinmeister unpassende Bemerkungen
über die Thätigkeit des Gewerbe-Inspektors machen;
„allein solche Fälle sind selten und müssen . . . erst mit
der mildernden Bildungsstufe solcher Leute,
die an Intelligenz dem Durchschnitts-
Fabrikarbeiter weit nachstehen, ent-
schuldigt werden.“

Während also in Oesterreich die höheren Behörden den
Verkehr der Gewerbe-Inspektoren mit den Arbeitern gern
sehen und förmlich stolz auf das Vertrauen sind, welches
die letzteren bei diesen sich erworben haben, läßt in Preußen
und vielleicht auch in anderen Bundesstaaten der Fabrik-
inspektor Gefahr, wegen desselben Verkehrs von den oberen
Behörden gemißachtet zu werden. Geringer sehen die
österreichischen Kapitalisten diesen Verkehr so wenig
gern, wie die deutschen.

Hätten jedoch alle übrigen deutschen Fabrikinspektoren
die gleiche sozialpolitische Einsicht wie der
babische Aufsichtsbeamte, und ebenso viel Energie und Muth
wie dieser, so vermüßten sie wohl von sich aus ihre Stellung
zu verbessern und unverständigen höheren Beamten eine ge-
wisse Reserve aufzuzwingen. Wenn ein Regierungspräsident
infolge kapitalistischer oder hinterlicher Lebensanschauungen
und demgemäßer Auffassung seiner amtlichen Stellung kein
Verständniß für die Aufgaben der Fabrikinspektion besitzt,
so sollte gegen ihn Remedur geschaffen und nicht umgekehrt
der Fabrikinspektor an der völligen Erfassung seines Amtes
gehindert werden.

Die Landarbeiter und der Verein für Sozialpolitik.

Aus dem Verlauf der Verhandlungen, welche der das ge-
samte Professorenthum Deutschlands in sich schließende „Verein
für Sozialpolitik“ über die Landarbeiterfrage dieser Tage hier
abgehalten hat, und über die der „Vorwärts“ in seinen letzten
Nummern ausführlich berichtete, ist wieder einmal deutlich zu
erkennen, daß es heutzutage gar nicht mehr darauf ankommt,
wer Arbeiterfragen behandelt — die Arbeiterfragen behandeln
umgekehrt diejenigen, der sich mit ihnen befaßt, und
zwar je zu seinem Vortheil oder Nachtheil, nachdem
das Verständniß und der gute Wille vorhanden sind.

Im vorliegenden Falle war der gute Wille sicher vor-
handen. Unter Bismarck hätte der Verein zwar keine Landarbeiter-
enquete gemacht; aber seitdem dieser „mächtige Wille“ brach ge-
legt und für „andere Ueberzeugungen“ wieder Platz gemacht ist,
wie sich Professor Schmoller als Vereinsvorsitzender gelegentlich
öffentlich äußerte, konnte man sich auch an die kühnliche Land-
arbeiterfrage wagen, und man that es roch und entschlossen, wie
anerkannt werden muß. Die schriftliche Enquete führte zwar
nur halbes und Tendenzloses zu Tage, aber die Arbeiterfrage
hatte nun den „Verein für Sozialpolitik“, und die Jugendländer
in den mündlichen Verhandlungen begannen.

Der eine Referent gelangte zu, daß es sich nur um eine
Unternehmensenquete handle; man werde sie hoffentlich forschen
und auf die Arbeiter ausdehnen. Freilich gossen die alten Herren
im Vorstande des Vereins auf die Wärme dieser Hoffnung sofort
einen kalten Wasserstrahl — die Fortsetzung müsse mehr der
privaten Forschung überlassen bleiben! Man denke sich nur —
Geistliche eines anderen Vereins, des evangelisch-sozialen Kon-
gresses, die Erhebungen über die Landarbeiter machten, wurden
sofort als Sozialdemokraten verdächtigt. Fürchterlich! Nun, wir
können uns nur dorthin freuen, daß man anderen als Sozial-
demokraten die erste Beschäftigung mit Arbeiterfragen gar nicht
zutraut. Daher mag es auch kommen, daß die zwei einzigen
Anrainer der Enquete, die während der Verhandlungen im Sinne
der Arbeiter sprachen, verschiedenen Herren Geheimräthen recht
merkwürdige Blicke in ihrem Wesen auswechseln konnten. Nach
Professor Courad sollte die lange, bereits mit Sonnenaufgang

dem er Sina fragte, welches ihre Aussichten und Pläne
betreffs Boris wären.

Die Hände auf dem Rücken, ging er, ohne
Sina bei dieser Frage anzublicken, in dem kleinen Zimmer
auf und ab.

„Ich werde Ihnen hierüber einen Brief von Boris
zeigen, welchen ich einen Tag nach dem Anschlag erhielt.
Ich war damals so außer aller Fassung, daß ich ganz ver-
gah, Ihnen denselben zu übersenden; ich habe ihn aber für
Sie aufbewahrt.“

Aus einem Schlupfwinkel nahm sie zwei Stücke
Papier, — das eine war lang und schmal, als ob es von
dem Rande einer Zeitung abgetrennt wäre; das andere
quadratisch von einigen Zoll im Geviert, ein Titelblatt aus
irgend einem Buche. Beide Stücke waren dicht mit Bleistift
beschrieben.

In diesem Briefe, welcher in der Nacht nach dem ver-
unglückten Befreiungsversuche abgefaßt war, dankte Boris
seinen Freunden, daß sie um seinerwillen ihr Leben aufs
Spiel gesetzt hatten — Andrej insbesondere — in so warmen
und liebevollen Ausdrücken, daß Andrej Thränen in die
Augen traten. Bei dem jetzigen Stand der Dinge betrachtete
Boris jeden ferneren Befreiungsversuch als hoffnungslos
und nur dazu angethan, seine Freunde ins Verderben zu
führen. Er schloß mit der Bitte, daß Andrej sofort nach
Petersburg zurückkehren und die andern ohne Anschlag ver-
abschieden möge.

„Sie denken doch hoffentlich nicht, daß dieser Wunsch
für uns irgendwie bindend sei?“ sagte Andrej, bemüht,
ruhig und bei der Sache zu bleiben.

„Nein!“ sagte Sina heftig.

„Ich freue mich, Sie nicht entmuthigt zu sehen,“ fuhr
Andrej fort. „In solchen Dingen ist Muth die Haupt-
sache. Manchmal ist ein Fluchtversuch vier Mal mißglückt
und das fünfte Mal ist er gelungen; wir werden das
nächste Mal glücklicher sein.“

„Ja; aber in einem Punkte hat Boris ganz Recht,“
fuhr Sina fort. „Sie dürfen sich nicht länger an dieser
Sache betheiligen. Sie haben gethan, was ein Mann thun

beginnende Arbeitszeit auf dem Lande eine Eigenthümlichkeit
sein, die seit 50 Jahren verwunden sei; nach Geheimrath
Thiel giebt es schriftliche Slaverieverträge für Arbeiter auf dem
Lande meist gar nicht — von beiden Behauptungen läßt sich mit
Leichtigkeit das Gegentheil beweisen. Bekanntlich steht der Gut-
besitzer die Leiden des Arbeiters nur, wenn dieser dem Land-
magnaten von der Industrie weggeschnappt und dort ausgelassen wird.
Deshalb sprachen die Vertreter des Grundbesitzes aus dem Saale
Trafalgar von der schrecklichen „Demoralisation“ der Leute durch die
Industrie — schade, daß ihnen nicht ein paar Industrielle mit
der gleichen Mäße heimzählten. Die vorantastlichen Gesinde-
ordnungen gab man mehr als zur Hälfte preis; um das
Koalitionsrecht für Landarbeiter schob man sich etwas herum
— man mochte es nicht allzu direkt bekämpfen, aber man mochte
ziemlich sauerfäße Mienen dazu. Die Wille ist eben etwas bitter
— aber man fängt an zu begreifen, daß sie ver-
schluckt werden muß. Nur vereinzelt wurde noch
die Bestrafung des Kontraktbruchs geordert — zu-
gegeben mußte werden, daß ja die läudlichen Unter-
nehmer selbst die Arbeiter dazu verleiten. Die meiste
Sorge macht dem Verein die Polonisation des Ostens
durch die billigen Landarbeiter aus Rußland — weniger der ge-
drückten Lebenshaltung wegen, die importirt wird, als der
Militärtauglichkeit und des Deutschthums halber, das dabei
flücht geht; aus den ostelbischen Agrariern entwickeln sich kleine
Schwarzjäger, denen ihr Proffit weit wichtiger ist, als das ge-
samte Deutschthum. Wir müssen wieder das Einwanderungs-
verbot für polnische Arbeiter haben, sonst gehen wir unter der
slawischen Pluthwelle verloren, sagt der Eine, wir können die
Polen nicht entbehren, sagt der Andere, sonst geht der Serbien
zum Teufel; wir müssen sogar Chinesen oder Negere importiren,
sagt der Dritte mit kapitalistischer Unverfrorenheit, die von der
Entrückung der Ideologen im Verein schwerlich erschüttert
werden wird.

So hat die Landarbeiterfrage im Verein für Sozialpolitik
alles untereinander geschüttelt, wie der kapitalistische Großbetrieb
den ländlichen Osten revolutionirte. Nach einem Strohhalme
greift man angeht die gewaltigen Umwälzungen, denen man
rathlos gegenüber steht: nach der künstlichen Neuschaffung des
Klein- und Mittelbetriebes, der angeblich gesündere Betriebs- und
Arbeitsverhältnisse bringen und die Polen überflüssig machen soll.
Der Bauer und Pächter ist der Rettungsanker dieser Politik.
Dieselbe hat angeblich einige Erfolge aufzuweisen. Staatliche
Anfiedelungsbürokratie und private Parzellirungen haben eine
Reihe scheinbar lebensfähiger Kleinbetriebe auch im Osten
geschaffen. Ob dieser Erfolg vorhalten wird? Ob
es sich der Kapitalismus gefallen läßt, daß ihm der-
gestalt in die Speichen seines Siegeswagens gegriffen wird? Es
ist charakteristisch, daß die kapitalistische Presse der Hauptstadt,
vorne natürlich Eugen Richters „Freisinnige Zeitung“, für die
wichtigen Verhandlungen kaum etwas übrig hat und ihnen
das „allgemeine Interesse“ absprechen. Der ländliche Kapitalis-
mus ist an den Hypothekenschulden des flachen Landes schon zu
weit interessiert, als daß er mit dem agrarischen Unternehmern
jede Verhandlung über die Landarbeiterfrage nicht sehr
unangenehm empfinden sollte. Ja, die Landarbeiterfrage wird noch
viel unangenehmer werden, auch wenn der Verein für Sozial-
politik durch die Ablehnung einer Fortsetzung seiner Enquete
die Feststellung der eigentlichen Schwierigkeiten vermeiden will,
und die „Lösung“ wird eben wieder allein denjenigen zufallen,
die den Muth dazu haben — den Arbeitern!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März.

Aus dem Reichstage. Das Charakteristische an dem
heutigen Tage ist, daß die nebenbei gefallene Aeußerung
eines Mannes von der Bedeutungslosigkeit und moralischen
Unreife, als welcher sich der Abgeordnete Ahlwardt mit
jedem Tage mehr erweist, es zu stande bringt, daß bei
überfüllten Tribünen sich das Parlament gewissermaßen zu
einem Gerichtshof konstituirte und durch Stunden lange Ver-
handlungen sich mit einer Anschuldigung beschäftigte, von
der doch eigentlich gestern, kaum daß sie ausgesprochen war,
schon fest stand, daß der Urheber zur Zeit wenigstens, nicht
im stande sei, sie zu beweisen. Daß der Reichstag Ahlwardt
zwang, sofort für seine Anschuldigung aufzukommen, war gut
und notwendig. Nachdem aber durch den Grafen Ballestrem
namens der ad hoc eingesetzten Kommission konstatiert war,
daß Ahlwardt nichts beweisen konnte und dieser selbst für
die Gegenwart dies zugeben mußte und nur auf Altensfüße
vertröstete, welche er erst später zur Stelle schaffen könne,
mußte die Angelegenheit für den Reichstag erledigt sein.
Derr Ahlwardt hatte den Reichstag mit einer Antisemiten-
Versammlung verwechselt; er hat geglaubt, daß er auch hier

konnte. Länger hierbleiben, hiesse Ihr eigenes Verderben
herbeiführen.

„Dasselbe ließe sich von Ihnen sagen.“

„Nein, es ist nicht dasselbe. Die Postzeit kennt mich
nicht, während sie Ihren Namen herausgefunden hat und
während auf Sie ist. Ueberdies,“ fügte sie hinzu, „sind es
Erwägungen persönlicher Natur, die mich veranlassen, das
Werk selbst fortzusetzen.“

Andrej blieb vor ihr stehen.

„Erwägungen persönlicher Natur?“ sagte er erstaunt.

„Ich verstehe Sie nicht, Sina; oder wenn ich Sie verstehe,
protestire ich nachdrücklich dagegen, daß Sie die Sache auf
arumelige Gründe persönlicher Zuneigung stützen. Wir
unternehmen es, weil Boris von hohem Werthe für unsere
Sache ist, nicht weil er einem von uns theuer ist. Unsere
Gefühle haben damit nichts zu schaffen.“

„Ich hätte es nie zugegeben, daß irgend Jemand sein
Leben für Boris auf's Spiel setzt, wenn ich es nur als
meine persönliche Angelegenheit betrachtet hätte.“

„Wohlan, was thut's, dann zur Sache, wer von uns es
wagt?“ Sie widersprechen sich,“ sagte Andrej.

„Nein,“ antwortete sie. „Ich sprach von der Ver-
gangenheit. Jetzt haben sich die Dinge aber zum Schlim-
meren gewandt, daher der Unterschied. Wenn Boris ein
Fremder für mich wäre, hätte ich wahrscheinlich gesagt, daß
die Sache aufgegeben werden muß. Ich kann aber nicht . . .
Deshalb muß ich's allein thun . . .“

Sie blickte düster vor sich hin und beugte das Haupt
über den Tisch, der vor dem Sopha stand, auf dem
sie saß.

„Ich denke, Sie verstehen mich jetzt,“ fügte sie in ruhigerem
Tone, das Haupt wieder emporrichtend, hinzu, „diese Er-
wägungen persönlicher Natur kommen auch manchmal in
Betracht.“

Er setzte sich ihr gegenüber auf einen Stuhl und ihre
Hand ergreifend, führte er sie sanft an seine Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

mit unbewiesenen Behauptungen und hohen Anschuldigungen
so operiren könne, wie vor seinen politischen Freunden.
Dieser falsche Glaube, verbunden mit einem trostlosen
Mangel an Selbstachtung und politischer Einsicht hat den
lober-bekämpften Heroen der Antisemitensammungen heute
im Reichstag in eine Rolle gebracht, wie sie so erbärmlich
noch kein Abgeordneter eines Parlaments je gespielt hat.
Nachdem dies aber geschehen — und das war der Fall,
nachdem Graf Ballestrem namens der Kommission gesprochen
hatte und Ahlwardt garnichts anderes wie Nebenbarten zu
sagen mußte, da hätte man es sollen genug sein lassen des
grausamen Spiels.

Aber die politische Traktiererei mußte aus dem Vor-
kommnisse doch auch einen kleinen Vortheil heraus schlagen.
Ahlwardt ist als Antisemit gewählt, und die befürchteten
Fortschritte des Antisemitismus bei den nächsten Wahlen
lassen gewisse Herren schon jetzt nicht mehr ruhig schlafen.
Man glaubte mit Ahlwardt den Antisemitismus todt machen
zu können, und so ging denn das Geplänkel nach der moralischen
Hinrichtung des an Größenwahn und Verleumdungsucht
kranken Vertreters für Arnswalde-Friedeberg weiter. Richter
und Richter einer, und Stöcker, Mantensfel und Lieber-
mann von Sonnenberg andererseits beglückten sich gegen-
seitig der Feherei, der Demagogie, der Untergrabung
der staatlichen und kirchlichen Autorität, und schließlich
zankten sich diese Korruptoren des deutschen Parla-
mentarismus, nach alter Weiber Art, eine volle Stunde
darum, ob eine dem verstorbenen Kaiser Friedrich nach-
gesagte Aeußerung von diesem wirklich gethan sei oder nicht.
Mit vollem Recht wurde über diesen „Männerstolz vor
Königsthronen“ gespottet, der in der Vertheidigung eines
der Grundrechte unseres modernen Staatslebens, der
Gleichberechtigung aller Staatsbürger, kein anderes Mittel
zur Hand hat, als das Krebsen mit angeblichen oder
nuseretwegen auch wirklichen Aeußerungen eines gewissen
preussischen Kronprinzen und späteren Kaisers. Die mit
dem Modergeruch vergangener Jahrhunderte und dem
Zeichen der Kultur-Rückständigkeit und Gefinnungs-
rothheit behaftete insame Massenhege ist und bleibt
verachtenswerth, gleichgültig ob Kaiser Friedrich das Wort
von der „Schmach des Jahrhunderts“ gesprochen hat oder
nicht. Unser trauriger Liberalismus aber, der bei der Ver-
theidigung seiner programmatistischen Grundlagen nichts
anderes zu thun weiß, als sich hinter Fürstensprüche zu
verziehen, der hat freilich alle Ursache, sich vor der anti-
semitischen Demagogie bei den Wahlen zu fürchten. Mag
eine gewisse Sorte Freisinn sich in der Wadelskrämpferei
noch so fleißig üben, der gewesene Hofpaffe Stöcker
wird ihn auf diesem Gebiete immer um Kopfes-
länge schlagen. Mit diesem Herrn und seinem Anhang
wird nur unsere Partei fertig, und in unseren
Reihen herrscht auch deshalb nur froheste Kampfesstimmung
für die bevorstehenden Wahlen.

An der heutigen Redeschlacht im Reichstag sich zu be-
theiligen, lag kein Anlaß vor. Unsere Stellung dem Anti-
semitismus gegenüber in allen seinen Schattierungen ist
klar. Die Frage aber der Vorgänge bei der Vertheilung
der Milliarden der französischen Kriegskosten-Entschädigung
— davon stammt der Invalidenfonds — ist ein Internum
der herrschenden Klassen, welchem gegenüber bei Erörterungen,
wie sie früher schon stattfanden und sie sich jetzt wieder
anzubahnen scheinen, unsere Partei sich in der Rolle
der Donna Blanca in dem bekannten Heine'schen Gedicht
befindet.

Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt,
die Wahl des Abgeordneten von Colmar-Magen-
burg im 1. Wahlkreise des Regierungsbezirks Brom-
berg für gültig zu erklären. Der Reichskanzler soll
jedoch ersucht werden, wegen des im Protest behaupteten
Verhaltens des städtischen Polizeikommissars
Tschentscher in der zweiten Versammlung in Schneide-
mühl, das in der Kommission scharf gerügt wurde, die
Akten der königl. preussischen Regierung zur weiteren Ver-
anlassung zu übergeben. — Ebenfalls soll für gültig er-
klärt werden nach Kommissionsbeschluss die Wahl des
Prinzen Handjery im 10. Wahlkreise des Regierungs-
bezirks Potsdam. Der Reichskanzler soll ersucht werden,
die zu Punkt 1, 2 und 3 des Protestes beregten Vorfälle
zur Kenntniß der preussischen Regierung zu bringen. Daß
die sozialdemokratische Agitation vor der Haupt-
und Stichwahl in ungehörlicher Weise beschränkt
und verhindert worden ist, trat jedoch klar zu Tage.
Gendarmerie, Polizeiverwaltungen u. s. w. haben wider
Recht und Gesetz die Wahlbewegung gehemmt und beein-
flusst. Wahlkontrollreue sind ausgewiesen, Flugblat-
thäter verhaftet, Flugblätter beschlagnahmt worden. Man
verbot die Vertheilung von Stimmzetteln und Flugblättern,
agitatörisch thätige Sozialdemokraten verhafteten die
Gendarmen wegen Landstreichens, trotzdem sie aus-
reichend Geld und Legitimationspapiere besaßen. Mit 8
gegen 4 Stimmen wurde trotzdem die Wahl Handjery's von
der Kommission für gültig erklärt. Das Verfahren richtet
sich selbst. Es ist wohl zu erwarten, daß die Mehrheit des
Reichstags dem Prinzen Handjery das auf so unerhörte
Art er-oberte Mandat abspriecht.

Die Verschleppungspolitik in Sachen der Militä-
vorlage wird ausdauernd fortgesetzt. Die Regierung
weiß, daß sie von einer Auflösung des Reichstags nichts zu
erwarten hat, und daß die Neuwahlen ihr eine zer-
schmetternde Niederlage bereiten würden, und so sucht sie
Zeit zu gewinnen — wie das von Anfang an ihre Taktik
war. Und in diesem Bestreben wird sie von der Majorität
des Reichstags, die ebenfalls die Auflösung fürchtet und
der Militärvorlage nur aus Furcht vor den Wählern
noch nicht zugestimmt hat, aufs kräftigste unterstützt.
Der Bericht über die Kommissionsverhandlungen wird
Mitte April in der Kommission verlesen, und, wie man
jetzt erfährt, alles so eingerichtet werden, daß die zweite
Verathung der Vorlage nicht vor dem 1. Mai im Plenum
beginnt. Dann ist der Kaiser von seiner bevorstehenden
Reise nach Italien wieder zurück, und die Herren Militaristen
hoffen, daß sein persönliches Eingreifen ihnen dann vielleicht
nützlich sein könne.

Nun — an der deutschen Wählerschaft ist es, alle der-
artigen Pläne und Hoffnungen gründlichst zu vereiteln.

Die Wähler von Olpe sind mit gutem Beispiel voran-
gegangen. Das Volk muß den schwankenden Führern den
Weg weisen.

Als zu eifrig. Einen peinlichen Eindruck machte es
heute im Reichstag als nach der ersten Rede Ahlwardt's
und nach Niederlegung seiner „Altensfüße“ auf den „Tisch des

Hausen" der Abgeordnete und Schriftführer des Präsidiums Schmidt (Elberfeld) sich bereit, dieselben dem an dem Bundesratshaus befindlichen Minister Miquel zu übertragen. Als der Herr Präsident diese Ungehörigkeit bemerkte, verkündete er die Papiere sehr energisch. Etwas weniger Dienstleister wäre in diesem Falle besser gewesen. —

Fiskalische Betriebe und das Parlament. Uns wird geschrieben: Die letzten Reichstagsverhandlungen über einzelne rigorose Bestimmungen der Arbeitsordnungen in Staatsbetrieben scheinen doch nicht ohne Eindruck auf die Regierung geblieben zu sein. In Spanien wenigstens sind gleich nach den Reichstagsverhandlungen den Arbeitern der hiesigen militärischen Fabriken die Arbeitsordnungen abgefordert und einige Zeit darauf nach überleben, beim Durchstreichen des § 2 Abschn. 10, welcher von dem Recht der Direktion handelt, Arbeiter, welche sozialistischen Vereinen angehören, sozialistische Schriften lesen oder Gelder für solche Zwecke sammeln, ohne Kündigung zu entlassen, zurückgegeben worden. Ob dadurch auch an der bisher geübten Praxis, den verdächtigen Arbeiter ohne Angabe eines Grundes zu entlassen, etwas geändert wird, muß erst die Zukunft lehren. Wenn die bürgerlichen Blätter aus der Thatfache, daß in den letzten 5 Jahren nur 10 Arbeiter wegen sozialistischer Umtriebe aus den hiesigen Militärfabriken entlassen sind, den Schluss ziehen, daß der betreffende Paragraph nur sehr nachsichtig und milde angewandt wurde, so ist hierbei der mindestens dreifachen Anzahl derjenigen Arbeiter nicht gedacht, welche ohne Angabe eines Grundes entlassen worden sind. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß nur solche Arbeiter, welche agitatorisch hervortreten, entlassen werden und niemand nach seiner Gesinnung gefragt wird. Es sind tatsächlich Arbeiter demüthigt und entlassen worden, weil in ihrer Wohnung sozialistische Zeitungen gesehen worden sind. —

Miquel und die Nationalliberalen. Kaum hatte die „Kölnische Zeitung“ dem Finanzminister ein „Hinweg mit ihm“ entgegengeschleudert, und schon verbeugte sie sich wieder vor ihm. Am nächsten Tage aber greift sie ihren früheren Abgott mit verdoppeltem Ingrimm an. Er wolle nur die Vermögenssteuer, dieses Kreuz des Proletariats, unter Dach und Fach bringen, um zu gelegener Zeit mit der Erbschaftsteuer seine Aufmerksamkeit zu machen. Dann heißt es in der „Kölnischen“ weiter: „Was thut Herr Miquel überhaupt nicht alles, um seine vielgerühmte Steuerreform unter Dach und Fach zu bringen und vielleicht auch noch weiteren Plänen nachzugehen zu können? Schon seine zum mindesten unklare Haltung in der Schulkfrage hat allen denen, die es bis dahin noch nicht gewußt haben, deutlich gezeigt, daß auf ihn kein Verlaß ist, und was er seit jener Zeit an Verleugnung seiner politischen Vergangenheit geleistet hat, übertrifft so ziemlich alles, was wir in Deutschland in dieser Hinsicht überhaupt erlebt haben. Dem Zentrum hat er es bei dem Schulkampfe schon angethan, und seitdem hat sich das traurige Verhältniß noch immer gestaltet. Man lese doch nur die ultramontanen Blätter: eine Miquelhymne nach der andern, sobald man meinen sollte, das Zentrum betrachte den Finanzminister als seinen Vertrauensmann im Ministerium. Nicht weniger zeigen mit ihren Härtlichkeiten die Konservativen, deren Organe nicht genug der Feiertags- und Frühstücksreden finden können, um den vielseitigen Staatsmann zu umschmeicheln und ihm für seine Verdienste ihre Anerkennung auszusprechen. Ist es da ein Wunder, wenn man schon sogar davon munkelt, daß die Konfessionsultramontane Verbrüderung des neuesten Datums ihn für einen höheren Posten in Aussicht nehmen möchte? Warum aber auch nicht? Den Ultramontanen hat er im Abgeordnetenhause durch seine freundliche Zulassung zur Annahme eines Wahlgesetzes verholfen, das sie in den Rhein- und Westfalen zur Herrschaft führen soll, und den Konservativen bietet er in seiner Steuerreform so viele Vortheile, als die Agrarier überhaupt nur erwarten können. Unter solchen Umständen mag allerdings Herr Miquel für die konservativ-ultramontane Bundesgenossenschaft vorläufig wenigstens der geeignete Mann werden oder bleiben.“ Herr Miquel ist ein kluger Redner, der mit Nachsicht und nicht mit Nullen operirt. Und der Nationalliberalismus ist mindestens in den Parlamenten ohnmächtig. Als ein Zeichen des Niederganges ist es u. a. zu betrachten, daß das Hauptorgan der westdeutschen Nationalliberalen, das „Frankfurter Journal“ mit dem 1. April zu erscheinen aufgehört wird. —

Der Zentrumsthrum. Die Zentrumsfaktion hat eine schwere Niederlage erlitten, die westfälischen „Völkchen“ haben ihr gezeigt, daß sie sich nicht von den Drahtziehern des Junker- und Pöbelhinterhalses als Puppen benutzen lassen. Eine Versammlung zu Hülten, die am Vorabend der Wahl stattfand, hat an die Faktion telegraphirt: „Grüß! Wählen morgen Pöbel. 5000 Wähler.“ Das ist kurz und deutlich. Den Münchener „Neuesten Nachrichten“ ging eine Korrespondenz aus Olpe vom 16. März zu: „Der vom Zentrum bezog. der Parteileitung des Zentrums aufgestellte Kandidat Wölfe hat bei der früheren Wahl gegen den Zentrumskandidaten und für einen Septennatsanhänger gewirkt. Der Umstand, daß man ihm diese Vergangenheit nachsieht, um so nicht Zusagen gewährt zu sehen, und daß man den Wählern vertraut, sie würden einen solchen Prinzipienverstoß ihres Kandidaten leichtsin und stilschweigend verzeihen, ist doch für die Situation recht bezeichnend.“ — Wie die „Germania“ aus zuverlässiger Quelle“ erfährt, hat Freiherr von Schorlemer-Ast das ihm angebotene Mandat der Zentrumspartei für den Wahlkreis Dortmund abgelehnt. Die Tranden sind dem Freiherrn zu sauer, zumal in Dortmund die Sozialdemokratie schon 1890 mit Wölfe um das Mandat kämpfte und es nur durch die bekannten Manöver nicht erhielt, zumal des Weiteren auch die Ultramontanen in Dortmund demokratische Forderungen aufstellen, gegen die Militärvorlage sind und sich keinen offiziellen Kandidaten aufdrängen lassen wollen. — In Bayern haben die niederbayerischen Bauern bei der Reichstagswahl, die Bauern des Altmühl bei der Kaufbeurer Wahl gezeigt, daß sie der volkverwirkelnden Politik des Zentrums müde sind. Am 18. März fand in Straubing (Niederbayern) ein stürmisch verlaufener Bauerntag statt, der nicht bloß über die dort erschienenen ultramontanen bayerischen Landtags-Abgeordneten, sondern über den Ultramontanismus zu Gericht saß. Das „Bayerische Vaterland“ schreibt darüber u. a.: „Herr

Dr. Struch von Schwarzach v. Wald (ausübender Landwirth) erinnerte daran, daß heute der 18. März, ein Erinnerungstag an das Jahr 1848 sei, an das Jahr, wo sich unser Bauernstand so zu sagen von der Leibeigenschaft der Aristokratie befreite, in die er aber, wenn die Wirthschaft, wie in den letzten Jahren, fortgeführt wird, wieder zurückkommen wird. Redner tabelte dann mit sehr scharfen, aber treffenden Worten die bisherigen Vertreter der niederbayerischen Bauern, die Abgeordneten des Zentrums sowohl im Reichstag wie im Landtag, und forderte unter sehr großem Beifall der Anwesenden die Bauern auf, diesen Herren auch bei den vor der Thüre stehenden Wahlen nicht mehr zu glauben, da ihre Worte doch nur leere Versprechungen sind, die sie uns vor 6 Jahren auch gegeben, aber schlecht (gar nicht!) gehalten haben. Die Rede dieses Herrn wurde öfters unterbrochen, für ihn waren aber viele Bauern, die von allen Seiten von den Gallerien dazwischen riefen: „Reden lassen! Redefreiheit! Was für den einen Redner recht, ist für den andern billig“ u. dgl. Der Beifall nach dieser Rede war ungeheuer. Als ein Geistlicher die drei anwesenden Landtags-Abgeordneten — Reichstags-Abgeordnete haben sich so nicht bilden lassen — für das vorbereitende Komitee vorschlug, wurde von allen Seiten und von den Gallerien stürmisch gerufen: „Nein, die brauchen wir nicht, die haben lange genug Zeit gehabt, etwas zu thun und haben nichts gethan; wir wollen keine Zentrums-, wir wollen eine Bauernpartei!“ Diese Bezeichnungsbeweise beweisen, daß auch in den Hochburgen des Zentrums der Zerfall und die Spaltung nicht mehr zu vertuschen sind. —

Bei der Reichstags-Erwahl im 17. Württembergischen Wahlkreise (Havensburg-Saulgau) am 21. März sind bisher ermittelt für Rembold (Zentrum) 8612, für Sauter (Volkspartei) 8949, Fabrikant Müller (national-liberal) 750, Tauscher (Sozialist) 513 Stimmen. Aus dem Bezirke Niedlingen fehlen noch die Ergebnisse aus sämtlichen Landbezirken, aus dem Saulgau fehlen noch 81 Landvorte.

Bei der Wahl am 20. Februar 1890 wurde der Zentrumskandidat Höfer mit 12 707 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Volkspartei erhielt 2803, der Sozialdemokrat 868 Stimmen. —

Seminaristen als Treiber. Wir haben kürzlich nach der „Volkszeitung“ berichtet, daß der konservative Anstalt Dieh-Varby 100 Seminaristen als Treiber verwendet hat. Das genannte Blatt schreibt nun, indem es nochmals die Wichtigkeit seiner Nachricht bestätigt: „Vielleicht interessiert nebenbei noch die Mittheilung, daß die Herren Seminaristen und Präparanden für das Schwimmen des Treiberstocks nicht ohne Lohn geblieben sind, da von den zur Strecke gebrachten Hasen ca. zwei Duzend Stück dem Seminar zur Verfügung gestellt worden sind. Die Thaten zum Braten hat die Küche des Herrn Dieh-Varby gewährt. Dem Verdienste seine Krone!“ —

Rußland. In Wäterschens Land attentäter's wieder. Das Stadthaupt (was das sein mag?) von Moskau ist gestern von einem Mann, der vom offiziellen Telegraph für irrsinnig erklärt wird, erschossen worden. Näheres erfahren wir nicht. Und ob der Attentäter irrsinnig war? Die russischen Zustände sind solche, daß mitunter auch Nicht-Irrsinnige Attentate machen. Und schließlich kann es einen jargläubigen Russen auch nicht verargt werden, wenn er einmal das Beispiel befolgt, das ihm seine eigene Regierung giebt — z. B. neuerdings in Bulgarien. —

Keine Spielhölle in Luxemburg. Die Luxemburger Kammer hat am 21. d. Mts. die Session geschlossen, nachdem sie die Konversion der 4prozentigen Anleihe in eine 3prozentige angenommen und die Wendorfer Bade-Anstalt für 15 000 Frank mit dem Verbot verpachtet, dort Spielhäuser zu errichten. —

Belgien. Das Referendum, welches auch letzten Sonntag wieder in einer Anzahl von Städten und Industriezentren vorgenommen ward, ergiebt überall eine große absolute Majorität zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts. Im Referendum nehmen bekanntlich alle Gemeindeglieder theil, die das zwanzigste Jahr zurückgelegt haben. Nach den gewonnenen Resultaten kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die große Mehrheit des belgischen Volks das allgemeine Wahlrecht will. Die verbrüderliche Thoreit der Regierung, die trotzdem auf ihrem Widerstande verharret, kann ihr und dem Lande nur zum Verderben gereichen. —

Ausstände in Oesterreich. Ueber Streiks in Oesterreich machte gelegentlich der eben stattfindenden Budgetdebatte der Handelsminister statistische Mittheilungen, welche sich aus einer von ihm veranlaßten Zusammenstellung der im Jahre 1891 stattgefundenen Streiks ergeben; hierin sind jedoch diejenigen des Bergbaues nicht inbegriffen und beziehen sich die Zahlen nur auf die im Gewerbebetriebe vorgekommenen Arbeitseinstellungen. Die Zahl der Streiks im Jahre 1891 betrug 104, war also im Vergleich zu den Ausständen in anderen Ländern eine geringe. In England waren 1889 1145 Streikfälle und in Deutschland vom 1. Januar 1889 bis Ende April 1890 1181 größere gewerbliche Arbeitseinstellungen einschließlich der im Bergwerksbetriebe, vorgekommen. Im Jahre 1891 waren in Schlesien, im Salzburgerischen und Dalmatien gar keine Arbeitseinstellungen, die meisten treffen auf Niederösterreich, Böhmen und Mähren. In der überwiegenden Anzahl waren die Lohnfragen der Grund der Arbeitseinstellung. Der durch die Streiks verursachte Verlust an Arbeitstagen belief sich auf 247 000, an welchen 14 000 Streikende theilnahmen. Als Ergebnis der Streiks ergab sich in 19 Fällen die gänzliche, in 29 Fällen die theilweise Bewilligung der Forderungen, in 54 Fällen wurden die Forderungen nicht bewilligt. Man weiß, daß die österreichischen Arbeiter unter einem Zustande zu leiden haben, der sich als eine Verquickung widerprüchvoller Schlampe mit den Härten einer einpotenzierten Sozialistengesetz aufwiegenden Gesetzgebung darstellt. Trotzdem bricht die Arbeiterbewegung dank dem unerträglichen sozialen und politischen Druke sich Bahn. —

In dem zweiten Panama-Prozesse ward gestern das Urtheil gefällt. Die meisten — sechs — der Angeklagten wurden freigesprochen; schuldig befunden nur drei: die bereits im ersten Prozesse verurtheilten Charles Vessely und Blondin, und der Ex-Minister Dauhaut, der fünf

Jahre Gefängniß erhielt und für die anderen mitbüßen muß. Hätte er nicht zerknirscht seine Schuld eingestanden — was offenbar eine wohlberednete Komödie war — so wäre er vielleicht auch freigesprochen worden. Sein Appell ans Mitleid ist also glänzend mißlungen.

Und nun, nachdem dieser zweite Prozeß beendet ist, heißt es *vivat sequens* — der dritte wird nächstens beginnen. In diesen ist der Anarchistenschlichter Andrieux verwickelt, der sich in seinem eigenen Neze so hübsch gefangen hat. Nöthig ist freilich kaum mehr, daß ihm der Prozeß gemacht wird. Denn thatsächlich ist das bereits auf's gründlichste in dem Beleidigungsprozeß geschehen, den er gegen Lissagaray anzustrengen die Frechheit hatte, und der gestern verhandelt ward. Der Bericht der Prozeßverhandlungen liegt jetzt vor uns und wir erfahren aus demselben, daß Andrieux der schmutzigsten Betrügereien überführt worden ist, so daß das Gericht den Ausspruch Lissagaray's: „Andrieux ist der größte Hallunke in Frankreich — Andrieux est la plus franche canaille de Franco“ für gerechtfertigt erklärt hat. Wir stellen dies formell fest, weil die deutsche Presse die Bedeutung des Erkenntnisses durch die Bemerkung abzuschwächen suchte, der Beweis der Wahrheit sei Lissagaray nicht gelungen. Das ist falsch. Thatsächlich ist der Wahrheitsbeweis im Wesentlichen durchschlagend gelungen, und die Freisprechung Lissagaray's ist gleichbedeutend mit der Verurteilung, mit der moralischen Verurteilung des Sozialistenbüblers Andrieux, des „größten Hallunken von Frankreich“. —

Das italienische Panama. Nach dem von der Regierung vorgelegten Ausweis hat das Vermögen der Bank von Sizilien sich um 8 Millionen Lire (Frank) vermindert (von 23¹/₁₀ auf 15¹/₁₀ Millionen), und beträgt das Defizit der Römischen Bank 23¹/₁₀ Millionen. In Summa sind also 31 gestohlene Millionen eingestanden. Wie viele Millionen nicht eingestanden sind, das läßt sich erst ermitteln, wenn die Herren Giolitti und Konsorten, die jetzt auf dem Pedel des Schmutzhalens sitzen, der zugleich Ministerstuhl ist, von ihrem Ehrensitze heruntergeworfen sind. — Ein Akt der geschichtlichen Remeis hat sich, in aller Stille vollzogen: ein Theil der Summe, welche der Exminister Nitotera aus der Römischen Bank gepanamat hat, wurde für die „unvorhergesehenen“ Polizeimaßregeln des 1. Mai 1891 gebraucht — das heißt für die Inszenierung jener schmuckvollen Polizei-Exzesse, die aus einer friedlichen Kundgebung einen blutigen Putsch zu machen bezweckten. Lockpistole im Großen mit gestohlenem Geld betrieben, um die „Gesellschaft zu retten!“ — fürwahr, ein prächtiges Kulturbild. Herr Nitotera aber ist von der Strafe erlitt worden und auf ewig gebrandmarkt. —

Parfeinachrichten.

Reichstagskandidatur. Die Parteigenossen in Halle a. S. stellten den jetzigen Abgeordneten des Kreises, Friedrich Kunert, unter Anerkennung seiner Thätigkeit im Reichstage, einstimmig wieder als Kandidaten für den Fall auf, daß der Reichstag aufgelöst wird.

Bei den Wahlen zur Kreis-Krankenkasse in Bodenheim im Kreise Hannau siegte sowohl in der Klasse der Unternehmer wie der Arbeiter die sozialdemokratische Liste.

Maffeler. Die Genossen in Würzen beschloßen die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.

Von der Agitation. Die Reden über den „Zukunftstaat“ sind weiter vertheilt worden in Weitzhausen (Württemberg), Altona, in der Vopenburg bei Barmen. Die Genossen aus Egein im Kreise Wanzleben unternahm am Sonntag eine Agitationstour nach Wanzleben, auf der neben Bede's Rede auch andere und namentlich solche Schriften verbreitet wurden, die sich besonders für die Landbevölkerung eignen. Abgesehen von einigen polizeilichen Scherereien ging alles gut von statten. Die Schriftenverbreiter fanden namentlich bei den Arbeitern freundliche Aufnahme.

Partei-Organisation. In Würzen wurde ein sozialdemokratischer Wahlverein für den 11. sächsischen Reichstags-Wahlkreis errichtet.

Der Schwinder Louis Riese (angeblich Uhrmacher aus Frankreich), der nur französisch spricht, meist in Gesellschaft eines jüngeren Dolmetschers erscheint und als Legitimation u. a. auch die Karte des Frankfurter Parteigenossen Emil Reichmann bei sich führte, die dieser als Mitglied zum Pariser Internationalen erhalten hatte, ist in Münchener Parteikreisen ausgetaucht, hat aber dort kein Glück gehabt. Man nahm ihm die Fleischmann'sche Karte ab.

Totenliste der Partei. In Mannheim wurde am Montag der Steinhauer Ed. Schmitt beerdigt, der durch eine Verunglückung während der Arbeit seinen Tod gefunden hat.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Genosse Hahn in Bera sollte wegen angeblicher Beleidigung des Bezirksauschusses in Anklagezustand versetzt werden. Das Landgericht lehnte jedoch die Verfolgung ab, weil die inkriminirte Äußerung von Hahn in seiner Eigenschaft als Gemeinderath-Mitglied gethan worden ist, und daher die Vermuthung für sich hat, daß sie zur Wahrung berechtigter Interessen gethan worden ist, auch aus der Form der Äußerung und den Umständen, unter welchen sie geschah, nach dem, was laut der Akten ermittelt ist, mit Sicherheit auf das Vorhandensein einer Beleidigung sich nicht schließen läßt.

— Der Redakteur der „Samburger Volkszeitung“, Josef Straub, wurde vom Schwurgericht wegen Beleidigung des Kantons-Verboten Müller zu 3 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Briefkasten der Redaktion.

G. J. 770. Ein Funder darf den zehnten Theil des Gehaltens als Funderlohn beanspruchen. Ob ein Sparkassenbuch über 770 M. verloren, so ist aber nicht der Betrag von 770 M. als verloren gegangen zu erachten. Der Funder hat nur ein Zehntel des Wertes des Sparkassenbuchs, nicht seiner Einträge zu verlangen. Das Sparkassenbuch dient als Beweismittel; geht es verloren, so kann es aufgeboden werden. Die Aufgebotskosten betragen etwa fünfzig bis einhundert Mark, mithin der Funderlohn 5 bis 10 M. Das Dienstmädchen soll auf Herausgabe des Sparkassenbuchs gegen Zahlung von 5 bis 10 M. klagen, falls keine Einigung stattfindet.

Land. Das Weihnachtsgeschenk kann die Herrschaft vom Bohne abgeben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 23. März.
Opernhaus. Bajazzo. Vorher: Djamilch.
Schauspielhaus. Fortsetzung folgt. Ein Lustspiel.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Der Weilschenfresser.
Lesing-Theater. Die Tragödie des Menschen.
Wallner - Theater. Cyprienne. A tempo.
Kroll's Theater. Fideleto.
Residenz - Theater. Die beiden Champagnol.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Baronin Ruth.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Bettelstudent.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas - Theater. Lumpaci Bagabundus.
National-Theater. Der Trompeter von Säckingen.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionse.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Berlin wie es weint und lacht.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 In Vorbereitung:
Goldlotte.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens.

American-Theater.

Novität! Novität!
Der Dussel
 (Melpomene)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Memm - Ede. . . Martin Bendix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner.
 Inhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Castan's Panoptikum.

Große Ausstellung lebensgroßer Wachfiguren u. Gruppen.
Neue Illusion: Lotosblume.
 Andere Illusionen.
Fantochetheater.
 Castan's Irrgarten. Schreckenkammer.

Passage-Panoptikum.

Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchen.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Vollständig neues Programm.
 Tom. Belling, Original-Angust.
 Truppe Hugoston, Akrobaten.
 Kolling Müller, Wasserläufer.
 The Matinas, Exentrics.
 Geschw. Taciana, Wettstinnen.
 Heine Bender, Humorist.
 Miss Victoria, Jongleuse und preisgekrönte Schönheit.
 Rigó Manó, Ungarischer National-Sänger.
 sowie sammtl. engag. Spezialitäten.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
 Donnerstag, 23. März, Abends 7 1/4 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Ein Künstlerfest.
 Große Ausstattungs-Pantomime.
 Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- u. Lichteffecten. Kinderorchester neu besetzt; neue Musik. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenchor. Grosses Brillant-Feuerwerk.
 Außerdem: **Mr. James Fills** mit dem Schulpferde **Germinale** im Reiche der Blumen, Fantasia equestre geritten u. d. beliebten Schutzeiterin **Clotilde Hager**. **Horaz** und **Merkur**, Zuchthängste in Freiheit vorgeführt v. Herrn **Ernst Renz**. Gebr. **Trevally**, Parterre-Akrobaten u. c.
 Morgen, Freitag, Abends 7 1/4 Uhr: Wiederholung der Gala-Vorstellung vom 27. Januar. **Ein Künstlerfest.** Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank“, Marktgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Paffepartouts u. Bons haben Gültigkeit.
Moritz-Etablissement Moritz-Platz.
Buggenhagen. Platz.
 Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von **Vahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u. c.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger
 sowie großartige Bravourleistungen des **Dou Pertusio**, italienische Mandolinen- und Serenaden-Sänger.
Zwei Säle für Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.
F. Sadtke.

Concordia-Festsäle

C. Säger.
 Andreasstr. 64 und Kranstr. 68.
 Grösstes und schönstes Pracht-Etablissement der Residenz.
 Morgen, Freitag, 24. März:
Gr. Elite-Konzert,
 wozu **Konzerfreunde** bestens eingeladen werden. 50/25
 Anfang 8 Uhr. **C. Säger.**

Unserem Sangesbruder 1947b
Albert Lange
 zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichste Gratulation.
 Die Mitglieder des Sangesvereins „Osten“ der Metallarbeiter.

Unserem Freunde **Niedmann** zu seinem Geburtstag ein donnerndes Hoch! 88848 **G. W.**

Die von mir am 20. März gegen den Kollegen **Theodor Schulz** ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen ehrenhaften Kollegen.
 1979b **Franz B&L.**

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Graveurgehilfen auf Relief und Golddruckerei verlangen sofort **Atlas u. Zerkert**, Prinzenstr. 12.
 Geübte Drechsler auf Naturtheile und Feiler auf Naturböde werden sofort verlangt bei **1987b Remmert u. Co.**, Prinzenstr. 36.
 Barbierlehrling wird verlangt **1982b Friedrichsbergerstr. 5.**
 Lehrling für Schneiderei u. Putz verl. Frau **H a s t e**, Lüderstr. 44.
 Einen Korbmacher verlangt sofort **G. Hofmann**, Fuchstr. 30, Augb. I.
 Einen Rohrleger verlangt **1989b G. Dichte**, Schöneberg, Sedanstr. 24.
 Eine Nietherin auf Portemonnaies verl. **Käckerstr. 89** Seitenl. 1 Z. r.
 Geübte **Sammet- u. Schneide**erinnen finden lohnende und dauernde Beschäftigung. **Berliner Pelzfabrik M. Mengers & Söhne**, Köpenickerstraße 18/20. 1958b
 Laufbursche verl. Lederhandlung **1991b** Straauerstr. 50.

Sanitäts-Verein

f. Arbeit. b. Geschlechts (E. H. 85)
General-Versammlung
 am 28. März d. J., Abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 75.
 Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers. 3. Revisionsbericht. 4. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.
 Der Vorstand.
S. U.: P. Hundt.

Achtung! Böttcher.

Dienstag, 23. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Heise's Salon, Dichtendbergstr. 21:
Berammlung
 der Zentral-Kranken- und Sterbekasse dtsch. Böttcher.
 Filiale Berlin A und B.
 Tagesordnung:
 Wie verhalten sich unsere in Brauereien beschäftigten Mitglieder zu der Brauerkasse, event. sind dieselben gezwungen, derselben beizutreten?
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **112/4 Der Vorstand.**

Arbeiter-Sanitäts-Kommission.

Öffentliche Berammlung
 am Donnerstag, 23. März, Ab. 8 Uhr, im Stabliß, Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
 Tagesordnung:
 Die Ergebnisse der Wohnungsuntersuchung in der Sorauerstraße. Zu dieser Berammlung sind insbesondere die Bewohner der Sorauerstraße und die Mitarbeiter der Arbeiter-Sanitätskommission eingeladen. (261/4)

Orts-Krankenkasse der Tabak-Fabrikarbeiter.

General-Versammlung: Sonntag, 2. April, Abds. 8 Uhr im Kassenlokal. L.-D.: Kassenbericht u. Decharge-Ertheil. **164/9 Der Vorstand.**

Gut gehende Restaur., viel Verkehr, wegen Verzug nach Auerhalb sof. zu verk. Adr. unt. V. R., Annoncen-Bureau „Zur Zitronensäule“, Gr. Frankfurterstr. 40.

Steppdecken

echt **Wollatlas** (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere bunfarbige **Normal-Schlafdecken** mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Webstern, Grösse 150 x 200 cm. **per Stück 4,50 M.** sonstiger Preis 9 M.
 Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 8783L
Stoppdecken-Fabrik Emil Lefèvre,
 Berlin S., Oranienstraße 158.

Achtung, Schneider!

Von heute an bis auf Weiteres finden täglich zwei **Kontroll-Versammlungen** für die streikenden Kollegen bei **Gratweil** (unterer Saal), Vorm. 10 und Nachm. 3 Uhr, statt. Alle Kollegen haben sich dort pünktlich einzufinden.
Die Agitationskommission.

Öffentliche Volks-Berammlung

für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis
 am Donnerstag, den 23. März, Abends 8 Uhr, im **Schützenhause, Linienstrasse 5.**
 Tages-Ordnung:
 1. Stellung zur diesjährigen Reichstags-Abgeordneter Wähler. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerberammlung statt. **951/2 Die Vertrauenspersonen.**

Achtung, Moabiter Vereine!

Zur gefälligen Kenntniss, daß der **Musiker-Verein NW.** in Moabit in keiner Verbindung mit unserer Vereinigung steht. Zur näheren Auskunft sind wir gern bereit.
Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker
 Berlin und Umgegend. 867/18
 Arbeitsnachweis: Rosenstraße 30 bei Bernau.
 Legitimationskarte vom 1. April ab: Grau mit grünem Querstrich.

Musik-Instrumente.

Größtes Lager in Sithorn, Violinen, Gitarren, allen Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. **Musikwerke** zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.
Aug. Kessler, 51. Lausitzerstr. 51.

Möbel u. Polsterwaaren

Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.
Güter Langensalza'er Kantabaf
 von **Gebrüder Adler.**
 81069

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend. **Cigaretten-Engros-Lager** in den Preislagen von M. 25,- bis M. 100,-, **Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.**

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt,

Neue Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 35, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 M. p. St., Bettbed. gef. 1,25 M. p. St. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 M. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 87161

Gesangverein.

Ältester Gesangverein (M. d. Urb. S. B.) am Wedding sucht einen Gesangverein, welcher gewillt ist sich mit ersterem zu vereinigen. Offert. Fr. Wilde, Neue Hochstr. 51, 1 Z. 1966

Maifestzeichen

1893 8883L
 künstlerisch ausgeführt, als Medaille auch an der Urleiite zu tragen, billigst bei **C. Balmerger, Nürnberg.** Muster auf Verlangen gratis u. franco.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 8806L
 am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Gefangenenverein.

Ältester Gefangenenverein (M. d. Urb. S. B.) am Wedding sucht einen Gesangverein, welcher gewillt ist sich mit ersterem zu vereinigen. Offert. Fr. Wilde, Neue Hochstr. 51, 1 Z. 1966



Nepomuk-Bräu

das neueste Produkt des

„Böhmischen Brauhauses“, Berlin NO.

Das „Nepomuk-Bräu“ steht dem „echten Pilsener Bier“ des bürgerlichen Brauhauses in Pilsen vollkommen ebenbürtig zur Seite, da es aus denselben Materialien wie dieses hergestellt, nur durch Ersparnis der Fracht- und Zollspeisen bedeutend billiger ist.

Das „Nepomuk-Bräu“ bedarf, um sich einzuführen, durchaus nicht der „Manipulationen weitherziger Restaurateure“, die dem „Pilsener“ ähnliche Biere als „echt Pilsener“ verschänken, wie die Vertreter des Pilsener Bieres behaupten, denn es empfiehlt sich durch **Glanz, Feuer und feinstes Hopfenaroma** von selbst, wie ein Versuch bestätigen wird.

Das „Nepomuk-Bräu“ ist für Gesunde und Kranke ein leicht bekömmliches, wie leicht verdauliches Bier, und wird ärztlicherseits deshalb auch allen Diabetikern und Brunnenrinkern als labendes Getränk gestattet.

Das „Nepomuk-Bräu“, das neueste Produkt heimischer Industrie, empfehlen wir deshalb geneigten Versuchen und bitten Stellung schriftlich oder per Fernsprecher: **Amt VII, Nr. 5088 - 2 (Flaschenbier-Abtheilung: Amt VII, Nr. 1670)** an uns gelangen lassen zu wollen.

Preise: in Flaschen (ohne Flaschenpfand, Patent- u. Korkeverschluss) 20 Flaschen für 3 M., 1/2 Zonne 4,50 M. **Restaurateure und Wiederverkäufer Vorzugspreise.**

Böhmisches Brauhaus,

Berlin NO., Landsberger Allee 11-13.
A. Knoblauch. 8854L

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 22. März 1893, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, v. Malgahn, Miquel, v. Marschall, und andere. Die Tribünen sind überfüllt.

Vor der Tagesordnung bemerkt Präsident v. Levetzow, daß in den gestrigen Ausführungen des Abg. Ahlwardt ein so unverständiger Vorwurf des Vaterlandsverrats gegen Mitglieder des Hauses enthalten war, daß diese Handlungsweise nicht scharf genug gerügt werden könne. Die übrigen Ausführungen seien so verhältlich und verächtlich gewesen, daß eine Beleidigung eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Einzelregierung daraus nicht ohne weiteres erkannt werden könne.

Die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1890/91 und die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen des Reichs für 1891/92 werden ohne Debatte in zweiter Beratung erledigt.

In der Fortsetzung der dritten Beratung des Etats nimmt nach einer Aufforderung des Abg. Richter das Wort

Abg. Ahlwardt: Ich habe, damit die Angelegenheit, zu der ich provoziert worden bin, einmal in Fluß kommt, denjenigen Theil der Akten, welcher mir zur Hand ist, mitgebracht, und lege sie hier auf den Tisch nieder, mit der einen Bitte, mir noch einmal die Durchsicht zu gestatten, da ich das Ganze zu einem einfachen Vortrage benutzen möchte (Rufe links: Vorlesen!). Das Vorlesen hat ja gar keinen Zweck.

Abg. Graf Vassekrem (3.): Ich beantrage, die Sitzung auf eine Stunde zu verlagern und den Senatoren-Konvent zusammenzutreten zu lassen zur Prüfung dieser Akten, dann in der neuen Sitzung Bericht über diese Akten erstatten zu lassen.

Abg. Richter: Ich trete diesem Antrag bei, sehe aber keine Veranlassung, die Sitzung des Hauses deswegen zu verlagern. Protestiren muß ich gegen den Ausdruck, daß wir Herrn Ahlwardt provoziert hätten.

Abg. Ahlwardt: Die Untersuchung hat keinen Zweck, so lange die Akten unvollständig sind; der Rest befindet sich in Leipzig beim Buchhändler Gils. Sie sollen aber alle zur Stelle kommen, ich bitte mir nur Zeit zu lassen, bis das geschehen kann.

Abg. von Mantensfel empfiehlt den Antrag des Grafen Vassekrem, der auch eine Vertagung rechtfertigt. Die sofortige Untersuchung der Akten müßte erfolgen.

Abg. Nicker: Wenn Herr Ahlwardt sich jetzt in die Enge getrieben sieht, so hätte er gestern seine Zunge hüten sollen.

Abg. Ahlwardt: Ich habe mir den Zeitraum gesetzt, wo ich die mit Bewußtsein ausgesprochene Anklage beweisen werde. Diesen Zeitpunkt werde ich innehalten. Wahrscheinlich werden die fehlenden Akten heute Abend einlaufen. Bis dahin muß die Sache verlagert werden. (Große Unruhe.)

Abg. v. Marquardsen (notl.): Wir sind unfererseits mit dem Antrage Vassekrem einverstanden und wollen ebenfalls noch heute erfahren, was von den Anklagen des Herrn Ahlwardt wahr ist oder nicht.

Abg. Merbach erklärt dasselbe für die Reichspartei, die eine schnelle Untersuchung im Interesse des Hauses und des Volkes verlange.

Abg. Nicker bittet, die Kommission zu ermächtigen, Herrn Ahlwardt zu hören.

Der Antrag des Grafen Vassekrem wird darauf einstimmig angenommen und um 1/4 Uhr die Sitzung auf heute Nachmittag 2/4 Uhr vertagt. 18 Minuten nach 3 Uhr wird die Verhandlung wieder eröffnet.

Berichterstatter der Vertrauenskommission Abg. Graf Vassekrem: Ihre Vertrauensmänner sind unter dem Präsidium des Präsidenten des Reichstages zusammengetreten, um ihrer Aufgabe gemäß die von dem Abgeordneten Ahlwardt überreichten Aktenstücke zu prüfen und haben von denselben eingehende Kenntnis genommen. Die Aktenstücke sind von einigen Mitgliedern der Kommission Stück für Stück durchgesehen worden. Auch andere Mitglieder der Kommission haben sich überzeugt, daß das Urtheil dieser Herren über die Aktenstücke das Richtige war. Der Herr Abg. Ahlwardt, welcher behufs Ertheilung von Erklärungen zugezogen war, wurde aufgefordert, einzelne Schriftstücke in diesen Aktenstücken zu bezeichnen, welche seine Angaben vom gestrigen Tage zu bestätigen geeignet wären. Er hat dies nicht vermocht und erklärte nur, daß die vorgelegten Aktenstücke allein nicht geeignet wären, die Angaben, welche er gemacht, zu bestätigen, daß dies erst in Verbindung mit anderen Aktenstücken, welche er noch nicht herbeizuschaffen in der Lage wäre, die er aber in der näher oder ferner liegenden Zeit herbeizuschaffen wollte und könnte, möglich sei. Hierauf hat Ihre Vertrauenskommission folgenden Beschluß einstimmig gefaßt: Die Vertrauenskommission des Reichstages hat einstimmig beschlossen zu erklären, daß die von dem Abg. Ahlwardt vorgelegten Aktenstücke durchaus nichts enthalten, was die Behauptung desselben in der gestrigen Sitzung irgendwie unterstützen kann, und nichts enthalten, was gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Reichstages, eines deutschen Landtags, der Reichsregierung, oder einer Landesregierung im mindesten belastet. Aus der Mitte der Kommission wurde folgendes hervorgehoben: Der Abg. Ahlwardt hat gestern in der voraussichtlich letzten Sitzung vor den Osterferien Behauptungen vor versammeltem Reichstag aufgestellt, welche geeignet waren die schwersten Beschuldigungen gegen gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Reichstages, der Reichsregierung und der Landesregierungen glaubhaft erscheinen zu lassen; aufgefodert seine Beweise hierfür herbeizubringen, hat er das nicht gethan und erklärt, daß er auch nicht im Stande sei, das gleich zu thun. Der Reichstag hat geglaubt, daß er nicht diese 24 Stunden ins Land gehen lassen, wo diese Beschuldigungen unbewiesen geblieben wären und er hat daher beschlossen, heute noch eine Sitzung abzuhalten, um dem Abg. Ahlwardt Gelegenheit zu geben, seine Anschuldigung zu beweisen. Meine Herren! Wenn jemand, wenn besonders ein Mitglied des Reichstages solche Beschuldigungen gegen Mitglieder des Reichstages oder der Regierung vordringt, so kann er das nur thun, wenn er die Beweismittel sofort zur Stelle und auf den Tisch des Hauses niederlegt. Wenn er dies that in einer Sitzung, auf welche eine längere Pause folgt, wo durch Wochen hindurch diese Beschuldigungen unerwidert und unwiderlegt bleiben, so ist das ein Benehmen, welches im Deutschen Reichstag bis jetzt. Gott sei Dank, nie vorgekommen ist (Lebhafte Zustimmung) und welches richtig zu qualifiziren in parlamentarischen Ausdrücken äußerst schwer sein wird. Diesem Gefühl wurde in der Kommission Ausdruck gegeben, und die ganze Kommission ist dem einstimmig beigetreten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Ahlwardt: Als ich gestern durch den Abg. Richter provoziert wurde wegen meiner Aeußerungen über den Invalidenfonds, habe ich erklärt, unter Beweis stellen zu können, daß nicht nur bezüglich dieses Fonds, sondern auch bezüglich vieler anderer Dinge Schlimmes vorgekommen, daß von den in meinen Akten namhaft gemachten Personen, worunter auch der preussische Finanzminister, nichts Gutes gesagt sei (Heiterkeit), daß das deutsche Volk durch deraartige Manipulationen um Hunderte von

Millionen betrogen worden sei, sowie, daß ich in der Lage wäre, nach den Osterferien den Beweis zu erbringen. Ich kann bei den Verhältnissen, in denen ich lebe, Aktenstücke dieser Art 24 Stunden lang nicht im Hause haben. In der Kommission habe ich sämtliche Namen und Wohnungen der Personen, wo die Akten lagern, mitgetheilt. Da ich trotzdem keinen Ausschuss erhalten konnte und die Kommission abgelehnt hat, sich in Permanenz zu erklären (Heiterkeit), bis ich die Aktenstücke vorlegen kann, da also über mich hier gerichtet wird trotz dieser meiner Erklärung, so ist mir die Möglichkeit abgeschritten, was ich behauptete, in allerhöchster Zeit zu beweisen. Es handelt sich doch nicht um leichte Sachen. In den Akten liegt ein Originalbrief des Präsidenten eines Senatsgerichts eines auswärtigen Staates, der sich bei einem hervorragenden deutschen Staatsbürger für die deutsche Selbstbewegung bedankt. . . .

Präsident von Levetzow: Was in den Akten steht, die Sie uns nicht vorgelegt haben, geht uns vorläufig nichts an.

Abg. Richter: Niemand anders hat provoziert, als Herr Ahlwardt mit seinen Bemerkungen über Verhandlungen hinter den Kulissen mit Börsejuden u. s. w. Ich konstatire, daß in den von ihm vorgelegten Aktenstücken über den Invalidenfonds nicht das Mindeste enthalten ist. Was Herr Ahlwardt in Bezug hierauf vordrachte, war die Uebersetzung eines 16 Jahre alten Pamphlets des Dr. Rudolph Meyer. Die in diesem Buche erhobenen Anschuldigungen haben schon vor 16 Jahren dem Reichstag Veranlassung gegeben, eine ausgedehnte Enquete über die Anlagen des Invalidenfonds anzustellen. Ich selbst habe der betreffenden Kommission angehört. Von allen diesen Anschuldigungen ist nichts erwiesen worden oder begründet gewesen. Was Herr Ahlwardt jetzt eben vordrachte, hat wiederum nichts mit dem Invalidenfonds zu thun; er fügt seinen vielen unbewiesenen Behauptungen neue unbewiesene hinzu. Es ist immer dieselbe Methode, die jetzt zum dritten Male von ihm versucht wird, zuerst bei dem Vorwurf der Korruption gegen die Berliner Stadtverwaltung, dann beim Prozeß Löwe, und jetzt hier. Kann er seine Behauptungen nicht beweisen, dann kommt er mit Verschleppungsversuchen, mit Verstrickungen auf spätere Zeiten. Darin liegt gerade der Segen des Parlamentarismus, daß mit Herrn Ahlwardt kurzer Prozeß gemacht werden kann, daß er durch das einstimmige Verdict des Reichstages in seiner ganzen Haltlosigkeit und moralischen Beschaffenheit erkannt wird. (Lebhafte Beifall.)

Abg. v. Mantensfel (2.): Als ich gestern der Vertagung zustimmte, hielt ich dafür, daß dieser Schritt auch im Interesse des Herrn Ahlwardt war. Denn nachdem er Beschuldigungen unerhörter Art gegen Mitglieder dieses Hauses und gegen Mitglieder der verbundenen Regierungen erhoben hat ohne Beweismittel, mußte er letztere so schnell wie möglich herbeizuschaffen. Herr Ahlwardt hat dem Ersuchen des Reichstages nicht entsprochen, er hat die Beweismittel nicht zur Stelle bringen können. Wenn Herr Ahlwardt von seinem Gewissen gedrungen den Vorstoß glaubte machen zu müssen, durfte er ihn gestern nicht machen, sondern mußte warten, bis seine Beweismittel da waren und zwar ungewandter als seine heutigen. Ich vertrete diese Meinung einem sozialdemokratischen und jedem anderen Abgeordneten gegenüber. Herr Ahlwardt hat nicht die Spur eines Beweises bis jetzt erbracht. Wenn etwas saul ist im Staate Dänemark, dann haben die Parteien ausnahmslos das größte Interesse, diese saulen Punkte aufzudecken, aber auch das Interesse, daß deraartige Anschuldigungen nicht ins Land hinausgehen dürfen. Solche Auftretungen von Verdacht sind der faulste Punkt, den es im Deutschen Reich geben kann (Lebhafte Beifall.) Herr Ahlwardt stellt Behauptungen auf und hält sie für erwiesen, wenn er sie wiederholt hat. (Heiterkeit und Sehr gut.) Ein deraartiges Vorgehen müßte wir Konervative aufs allerentsetzlichste verwerfen; ein solches Vorgehen ist bisher in diesem Hause unerhört gewesen! (Lebhafte und allseitige Zustimmung.)

Abg. Ahlwardt: Der Vordränger hat wohl vergessen, daß ich die Beweise nicht sofort herbeizuschaffen konnte, weil die Anklage so unerwartet und plötzlich eintrat. (Großes Gelächter.) Ich wollte in der Debatte gestern nicht das Wort nehmen. Ich habe mich sofort daran gemacht, die Beweismittel herbeizuschaffen. Ich bin während des gestrigen Tages und während eines Theiles der Nacht umhergefahren, um die Aktenstücke zu beschaffen; ich habe auch sofort telegraphische Depeschen deswegen abgesandt. Das Haus konnte gestern wissen, daß die Akten zu einem bestimmten Zeitpunkt da sein werden. Ich muß sagen, daß die Berechtigung angefaßt der ernstesten Dinge, die ich dargelegt habe, es verlangt hätte, daß mir Zeit gelassen worden wäre. Es ist mein Bestreben und meine Absicht gewesen, die saulen Punkte zu beseitigen. Ich habe geflüstert nach meiner vollen Ueberzeugung nur für die Wahrheit und nur für die reine Wahrheit. (Große Heiterkeit.) Zuruf links: Mit 75 Pf. Entree! Große wiederholte Heiterkeit.) Ich habe das Bewußtsein, unter allen Umständen die jetzt sehr traurige Entwicklung der Zeit erkannt, die Schäden dargelegt und das Beste erstrebt zu haben; das werde ich ferner auch rücksichtslos thun. Wenn die Korruption jetzt so groß ist, daß klar zu Tage liegende Dinge nicht mehr gefällig zu beweisen sind, weil andere Dinge dazwischen liegen, so ist das sehr schlimm; es wird mich aber nicht abhalten, bis auf den Boden zu kommen und eine Besserung herbeizuführen. Wenn ein Redner sagte: So etwas sei noch nicht vorgekommen, so muß ich allerdings sagen: Die Vergewaltigung, die mir zu theil geworden, ist noch nicht dagewesen. (Widerspruch.)

Präsident von Levetzow: Sie sind zum Wort verfhattet worden und es ist durchaus nicht wahr, daß Sie vergewaltigt sind. Diese Bemerkung war also nicht am Platze.

Abg. Lieber (3.): Es ist bedauerlich, daß der Abgeordnete Ahlwardt immer noch nicht einsehen will, daß die größte Korruption darin besteht, daß ein Mitglied des Reichstages im Reichstage solche Beschuldigungen vordringt, ohne das mindeste Beweismaterial hinter sich zu haben. Herr Ahlwardt hat behauptet, daß ihm nicht fernere Gelegenheit gegeben werden soll, seine Beweismittel vorzubringen. Es ist in der Kommission erklärt worden, daß die Stelle, an welche solche Beweismittel zu gelangen hätten, der Präsident des Reichstages sei; darauf hat Herr Ahlwardt nicht reagirt. Der Reichstag hat, trotzdem die schwer abgearbeiteten Mitglieder in die Osterferien geben wollten, eine Sitzung abgehalten, um dem Abgeordneten Ahlwardt Gelegenheit zu geben, seinen Beweis anzutreten. Die Zeit von vierundzwanzig Stunden war das Aeußerste, was der Reichstag gewähren konnte, um für die harten Beschuldigungen den Beweis zu erbringen; der Beweis hätte eigentlich sofort auf den Tisch des Hauses gelegt werden müssen. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Diese gute Stille wird sich der Reichstag durch Herrn Ahlwardt nicht nehmen lassen. Herr Ahlwardt sollte doch endlich sich dazu verstehen, zu erklären, daß er die Beschuldigungen ohne Beweise aufgestellt hat. Denn diese Beschuldigungen diskreditiren den Reichstag nicht bloß in Deutschland, sondern auch im Auslande. Es wird kein Redner des Reichstages beredt genug sein, um dieses Benehmen zu qualifiziren. Wenn mir Ahlwardt das werth wäre, dann würde ich einen Ordnungsruf des Präsidenten riskiren. (Große Heiterkeit.) Aber die Herren werden mir das nachsagen: für Herrn Ahlwardt laufe ich mir keinen Ordnungsruf! (Zustimmung.)

Abg. Ahlwardt: Es war den Herren doch bekannt, daß

ich keine Zeit hatte, das Material zu beschaffen, weil ich es nicht in meiner Wohnung habe. Und da kommt der Vordränger mit der großen sittlichen Entrüstung! Wenn von sittlicher Entrüstung die Rede ist, dann liegt dieselbe ganz und gar auf meiner Seite. Ich kann dies nur als eine vorläufige Erledigung der Sache ansehen und hoffe, daß es mir noch gestattet sein wird, thatsächlich den weiteren Beweis zu führen. Ich erwarte von dem hohen Hause, daß heute nicht das letzte Wort gesprochen ist. Herr Richter hat mir vorgeworfen, daß ich bestrafte bin. Ich habe für meine Behauptungen die Beweise vorgebracht. (Gelächter.) Es ist aber die Welt schon so korruptirt von den Juden, daß niemand, der gegen die Juden kämpft, zu seinem Rechte kommt. (Gelächter.)

Abg. Lieber (Zentr.): Herr Ahlwardt scheint anzunehmen, daß der Beschluß der Vertrauenskommission ihm die Pflicht abgenommen hat, seinen Beweis anzutreten, ja, daß sie ihm jede Möglichkeit dazu abgeschnitten hätte. Davon ist gar keine Rede. Ich werde nach Ostern Veranlassung nehmen, die Beweisführung auf die Tagesordnung des Reichstages zu bringen. Herr Ahlwardt stellt sich wie ein unschuldiges Lamm, der niemand verlegt hat. Er fühlt sich so überlegen im Bewußtsein seiner Weltmission, daß er allein für sich die sittliche Entrüstung beanspruchen zu können glaubt. (Heiterkeit.) Da muß ich wirklich sagen: Da ist meine Entrüstung am Ende und mein Mitleid fängt an. (Heiterkeit.) Aber ich kann mein Mitleid nicht so weit gehen lassen, daß ich folgende Bemerkung unterdrücke: Herr Ahlwardt hat die gute Gewohnheit des Reichstages gräßlich verletzt, daß er schwere Beschuldigungen ausgesprochen hat, ohne die Beweise zu haben. Dieser Vorwurf muß Herrn Ahlwardt heute gemacht werden. Herr Ahlwardt bleibt die Führung des Beweises auch weiterhin schuldig; wir verbiten uns aber, daß auch die heutige letzte Sitzung dazu benutzt wird, neuerdings Mitglieder des Reichstages und der Regierung zu verdächtigen. Der Reichstag ist doch nicht dazu da, daß man jemandem ohne Beweis vorwirft, daß er silberne Dösel gestohlen habe. Ob man das mit Entrüstung oder mit Mitleid betrachtet, lasse ich dahin gestellt.

Abg. Stöcker (2.): Es genügt doch nicht, daß Ahlwardt hier moralisch todgeschlagen wird. Eins darf man doch nicht vergessen: der Mann ist vollkommen unfähig, politische Geschäfte in höherem Stiele zu treiben. (Große Heiterkeit.) Schuld daran ist (Zuruf: Sie!) nicht die deutsch-soziale Partei, die Herrn Ahlwardt nicht aufgestellt hat; sie hat dagegen protestirt. Daran ist schuld, daß das Volk aufgeköhlt ist durch das allgemeine direkte Wahlrecht. Auf diese Weise wird Falschheit gewählt gegen den Wunsch des Zentrums, weil das Volk die tollsten Dinge, die ihm vorgeredet werden, glaubt. (Zwischenruf: Daran sind Sie schuld! Große Unruhe.) Es hat sich immer herausgestellt, daß an den Behauptungen des Herrn Ahlwardt etwas Wahres war. (Widerspruch links.) Dieses Kördchen Wahrheit hat das Volk befohlen und verleitet. In der Broschüre gegen die Berliner Stadtverwaltung hat sich als Wahrheit herausgestellt, daß ein Stadtverordneter ein religiöses Examen mit den Lehrern anstellte. Die Broschüre gegen Herrn von Reichardt hätte nicht unverfolgt bleiben sollen; sonst versteht der kleine Mann das Verhalten der Regierung nicht. Auch bei der dritten Broschüre hat sich etwas als wahr herausgestellt. Warum sucht man in diesem Falle die Sache eher zu beschwichtigen als sie ins klare Licht zu stellen.

Abg. Ahlwardt: Ueber die politische Befähigung eines Menschen wird man wohl niemals zu einem einstimmigen Urtheile kommen. Ich habe die politischen Dinge immer sehr ernst genommen. Ich habe mich rücksichtslos der Sache angenommen. Ich habe niemals jemand ohne Grund angegriffen. In politischen Dingen ist die Heuchelei gebräuchlich und mancher wird das Bewußtsein haben, daß mir gegenüber heute politische Heuchelei hier und da nicht ganz ausgeschlossen ist. Ich habe die Sache gestern nicht vorbringen wollen; es war Zufall, daß gestern die Sache zur Sprache kam. Ich habe meine Beweise und habe die Absicht, gelegentlich davon Gebrauch zu machen und plötzlich kommt die Debatte darauf zurück. Ich kann doch die Beweise nicht in wenigen Stunden hier haben. Eine Frist ist mir nicht gewährt worden. Herr Stöcker wird auf seine Weise auch nicht zum Ziel kommen; denn er will zwar das Vaterland gesund machen, aber er will den Krankheitsstoff nicht unschädlich machen. Daraus allein aber ist meine Thätigkeit gerichtet und ich hoffe bei einzelnen Personen in allen Parteien dabei Zustimmung zu finden. Herr Stöcker hat die Gelegenheit wohl nur deshalb zu einem Angriff auf mich benutzt, um den Lohn für meine Thätigkeit für die konservative Partei einzuhelfen. (Große Heiterkeit.) Ich werde nicht aufhören für meine Sache zu kämpfen, niemand zu Liebe und niemand zu Seide. (Heiterkeit.)

Abg. Nicker (2.): Herr Stöcker konnte es nicht unterlassen, nachdem er Herrn Ahlwardt abgeschlachtet hatte, für mildere Umstände zu plädiren. Herr Ahlwardt will sich aber den Lohn seiner Thätigkeit nicht nehmen lassen. Herr Stöcker fragt: Wer ist schuld an der Wahl Ahlwardt's? Die Konservativen! Ein konservativer Landrath und andere konservative Leute haben einen Aufruf für ihn erlassen. Herr Stöcker hat die Broschüren des Herrn Ahlwardt verteidigt, in deren einer der hochgeehrte Kaiser Friedrich in den Schmutz gezogen worden ist. Wer ist der Vater des Antisemitismus? Ein Erkenntniß des Reichsgerichts von 1896 bezeichnet es als gerichtsnotorisch, daß Herr Stöcker den Antisemitismus begründet hat.

Abg. Zimmermann (Antisemit) bestätigt, daß Ahlwardt gestern und heute Vormittag bemittelt gewesen ist, das Material zu beschaffen. Die Antisemiten hätten keine Ahnung von den Anschuldigungen gehabt, die Ahlwardt vorgebracht und er (Redner) hätte gestern schon Ahlwardt bemerkt, daß man solche Dinge nicht vorbringt, ohne sofort die Beweise herbeizuschaffen. Herr Ahlwardt als parlamentarischer Neuling hat wohl ein Recht darauf, daß ihm Zeit gelassen wird, seinen Beweis zu bringen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß nach ganz andere Beschuldigungen durch die Presse u. s. w. erhoben wurden, ohne daß Widerspruch erfolgt ist. Es ist auf Glogau's Buch: „Der Börse- und Gründungsschwindel“ hinzuweisen, in welchem es z. B. heißt: Die Diskontogesellschaft mit Hausmann und Miquel an der Spitze (Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Sache). Redner stellt schließlich die Frage, ob es den Gepflogenheiten des Hauses entspricht, daß solche Aktenstücke, die überreicht worden sind, durch den Abg. Schmidt-Eldersfeld sofort dem Finanzminister Miquel übergeben werden.

Abg. Stöcker: Eine vollkommene untergeordnete Strömung hat Herrn Ahlwardt als Reichstagskandidaten aufgestellt; darin lag das Gefährliche. In der Stichwahl haben die Konservativen für Herrn Ahlwardt gestimmt. (Rufe links: Ja!) Die Stichwahlen hat man noch nie einer Partei aufs Konto geschrieben. Herr Ahlwardt ist gegenüber der deutsch-reifinnigen Partei noch das kleinere Uebel. (Rufe links: Fui!) Der nationalliberale Herr Pöckel hat dargelegt, wie der Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg ausgewählt worden ist durch die Hehereien der Reifinnigen gegen die Junker. Dadurch sind die Gemüther so unklar geworden, daß sie das Richtige nicht erkennen konnten. Wenn das Reichsgericht nicht als Urheber des Antisemitismus ansieht, so nehme ich das nicht als eine Schuld hin, sondern als eine große Ehre, denn ich halte es nicht für richtig, daß wir uns von einer kleinen

Mindehheit ausbeuten lassen, daß wir unsere Volkseele an die Juden verlieren. Das kann nur jemand begreifen, der das beidseitige Amt eines Führers der Judenschuttruppe hat. Herr Richter, legen Sie dieses Amt nieder, dann werden die Wogen ein bisschen ruhiger gehen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Ahlwardt: Herr Richter will den Ursprung meiner Wahl in Friedberg-Ansowalde wissen. Ich habe es für durchaus notwendig gehalten, daß ich hier im Reichstage sitze, und darum bin ich gewählt worden. (Heiterkeit.) Herrn Richters Auftreten in dem Wahlkreise habe ich viel zu verdanken. Die Entscheidung der Wahl hing wohl nicht von den Konservativen ab, da ich in der Hauptwahl schon einen Vorsprung vor dem freisinnigen Kandidaten hatte; ich bin aber trotzdem den Konservativen dankbar. Das hohe Verdienst, den Antisemitismus begründet zu haben, hat Herr Stöcker, und wenn ich nicht mehr mit ihm gehen kann, so liegt das daran, daß er auf halbem Wege stehen bleibt. In der antisemitischen Bewegung sind allein die Juden selbst schuld. Wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk, wenn es unter sich bleibt, sich vertheidigen kann; nur die Juden korrumpieren alle Verhältnisse. Der Rücktritt des Herrn Richters von der Juden-Schutztruppe wird die Wogen nicht beruhigen. Kaiser Friedrich habe ich nicht angegriffen, sondern die Juden, welche vor nichts zurückschrecken. Wenn Herr Stöcker meint, in meinen Broschüren sei einiges wahr, so sage ich, es ist alles wahr. (Heiterkeit.)

Abg. Richter: Wenn trotz der großen Mühen, die sich Herr Ahlwardt nach dem Zeugnis des Herrn Zimmermann gegeben hat, so wenig vorgebracht wurde, so beweist das nur, wie wenig Beweismaterial vorhanden ist. Herr Ahlwardt hat nicht einmal angeben können, wie er denn weitere Beweise anbringen will; dazu war er nicht im Stande. Wenn Herr Zimmermann es tadelte, daß einem Mitgliede des Bundesrats Einsicht in die Aktenstücke gewährt worden ist, so ist das eigentlich selbstverständlich; die Aktenstücke sind allen Mitgliedern des Reichstages zugänglich und einem angeschuldigten Mitgliede des Bundesrats sollte man doch diese Einsicht auch nicht verschließen. Seine eigenen Genossen haben Herrn Ahlwardt im Stiche gelassen, nur Herr Stöcker ist ihm beigeprungen, indem er auf Dinge einging, die hier gar nicht zur Sache gehören. Herr Ahlwardt ist ihm nicht dankbar gewesen, er sollte sich seinen Lohn nicht entreißen lassen. Herr Stöcker fühlte, daß nicht über Ahlwardt, sondern über den Antisemitismus der Stadt gebrochen wurde. (Widerspruch rechts.) Herr Stöcker ist nur der höhere Ahlwardt und versteht es nur besser, den Antisemitismus als politisches Geschäft im höheren Stile zu betreiben. (Heiterkeit.) Par nobis fratrum, Stöcker und Ahlwardt! (Präsident von Reesow ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung, weil dadurch sowohl Stöcker als auch Ahlwardt beleidigt wäre. (Große Heiterkeit.) Wenn ein solches Vorgehen gegen eine Klasse der Bevölkerung für das Deutschland nützlich und notwendig wäre, so stünde es schlecht um Deutschland. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist anderer Ansicht. Das allgemeine Wahlrecht hat den Schaden erkennen lassen, wobei die Bestrebungen des Herrn Stöcker führen und es wird auch dazu beitragen, Elemente wieder aus dem Reichstage zu entfernen, über deren Zugehörigkeit zum Reichstage heute Urtheile gefällt worden sind, welche ich nicht zu wiederholen brauche.

Abg. Richter: Ich werde das Amt eines Führers der Judenschuttruppe, wie Herr Stöcker sich geschmackvoll ausdrückt, nicht niederlegen. Ich werde, so lange mir die Stimme noch verfügbar ist, immer protestieren gegen die antisemitischen Hejereien, die eine Schmach für Deutschland sind, die eine Barbarei unseres Jahrhunderts darstellen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Von den Plänen und Absichten des Abg. Ahlwardt habe ich weniger Ahnung gehabt, als vielleicht Herr Richter, der ja gestern die Halle vorbereitet hat, in welche Herr Ahlwardt gegangen ist. Herr Ahlwardt hätte sich heute dem Urtheil der Vertrauenskommission unterwerfen und sich das Weitere vorbehalten lassen. Ich will hoffen oder vielleicht auch fürchten, daß Herr Ahlwardt Beweise erbringt. Die große Volksbewegung aber wird davon nicht betroffen werden; sie wird mit oder ohne Herrn Ahlwardt ihren Weg gehen. Bestätigen sich die Behauptungen Ahlwardt's, dann wird das frische Blut für uns sein. Die Bewegung hat einen schnelleren Fortschritt gemacht, seitdem Herr Richter an die Spitze der Judenschuttruppe getreten ist. Das Wort von Schmach des Jahrhunderts hat ein Jude einem verstorbenen Herrscher fälschlich in den Mund gelegt; es ist niemals gesprochen worden, die Herren von der Linken hätten nicht nöthig gehabt, heute den Antisemitismus zur Sprache zu bringen.

Abg. Stöcker: Authentisch ist ein anderes Wort aus dem erkrankten Munde: Man hätte früher etwas gegen das Judenthum thun sollen. Dieses Wort sollte Herr Richter lieber jütren. So lange die Freisinnigen immer für die Juden eintreten, ohne ihre sonst so scharfe Kritik zu üben, so lange wird die antisemitische Bewegung zunehmen. Herrn Richter ist es zuzuschreiben, wenn jetzt Herr Ahlwardt verschwunden ist und man von der Wahl in Ansowalde-Friedberg und von anderen Dingen spricht. Wenn hier ein Stadtschulrath einen Pastor von seinem Ordinationsgehalte abwendig machen will, so sind das Missstände, die unsere Bewegung vollständig rechtfertigen.

Abg. Ahlwardt: Herr Richter hat mich und Herrn Stöcker als ein edles Brüderpaar bezeichnet; soweit sind wir noch nicht. Ich könnte von einem anderen edlen Brüderpaar reden, von Herrn Richter und Herrn Rabahn. (Heiterkeit.)

Abg. Schmidt-Oberfeld: Ich wundere mich, daß Herr Stöcker es leugnet, daß die Worte von der Schmach des Jahrhunderts aus hohem Munde gefallen sind. Herr Stöcker sollte doch die Akten des Prozesses von 1884 kennen, in welchem das Gericht es als bewiesen annimmt, daß die Worte aus dem hohen Munde gefallen sind.

Abg. Richter: Herr Stöcker hat hier einen Vorfall zur Sprache gebracht, der gar nicht hierher, sondern höchstens in die Generalsynode gehört; Herr Stöcker hat die Sache auch falsch dargestellt. Es handelte sich nur darum, die kirchliche Stellung des Geistlichen zu erfahren, weil der Geistliche zur Gemeinde passen muß, denn sonst ist ein geistliches Wirken nicht möglich.

Abg. Stöcker: Der von mir angeführte Vorfall ist ein solcher, der den Zorn des Volkes hervorruft. Das Wort von der Schmach des Jahrhunderts ist von Herrn Magnus mitgetheilt worden, und er ist die eigentliche Begründung dafür.

Abg. Richter: Herr Magnus, ein hochachtbarer Mann, hat mir das Wort mitgetheilt und während seiner Leibeszeit ist dem niemals widersprochen worden. Jetzt wird widersprochen. Herr Stöcker ist Herr Ahlwardt's würdig.

Abg. Stöcker: Wenn ein Synagogenvorsteher Herrn Richter etwas mittheilt, so ist es doch deshalb noch nicht wahr. (Widerspruch links.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Als das Wort gefallen war, wurde es in antisemitischen Volksversammlungen besprochen, Herr Magnus wurde der Unwahrheit geziehen, und er hat nicht widersprochen. Das Wort soll von Herrn Magnus herrühren, der bei einem Wohlthätigkeitskonzert das Erfahren des hohen Herrn dahin anlegte, daß er die Schmach des Jahrhunderts verurtheile. Darauf soll der hohe Herr gesagt haben: Ich beste nicht. So ist es mir erzählt worden. Die Verantwortung kann ich dafür nicht übernehmen.

Abg. Schmidt-Oberfeld: Herr v. Jordanbeck hat bestätigt, daß der Hofmarschall v. Normann mitgetheilt hat, daß diese Aeußerung wirklich gefallen ist. Vorläufig wird man den Gerichten wohl noch mehr glauben als den Herren Stöcker und Liebermann v. Sonnenberg. (Zuruf des Abg. Liebermann von Sonnenberg: Unverschämtheit.)

Abg. Richter: Die Wahrheitsliebe des Herrn Stadtschulrath Magnus steht mir viel höher als diejenige des Herrn Hofmarschall v. D. Stöcker, dem das Gericht einen fahrlässigen Meineid vorgeworfen hat.

Präsident v. Reesow ruft den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg wegen des Zurufs: Unverschämtheit! nachträglich zur Ordnung.

Abg. Stöcker: Daß ich mich eines fahrlässigen Meineids schuldig gemacht habe, ist eine grobe Unwahrheit; das gehört aber zum Betriebsmaterial der Freisinnigen. Das Wort von der Schmach des Jahrhunderts wollten wir nur wogegen von der hohen Gestalt des Herrschers, damit die Juden nicht damit ihr Spiel treiben.

Abg. Richter: Wenn Sie das wollten, warum haben Sie das nicht gemacht, als der hohe Mund noch nicht geschlossen war! Da haben Sie geschwiegen, und die „Kreuz-Zeitung“ berichtete damals, daß der Bericht der „National-Zeitung“ über das Wort, wenn auch nicht dem Wortlaute nach, so doch thatsächlich dem wirklichen Vorgange entspräche.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Das Wort selbst schreift uns nicht; warum verufen sich denn die Herren, die sonst immer von dem Männerstolz vor Färsienthronen sprechen, auf ein solches Wort? Herr Richter hat sonst mancherlei antisemitische Neigung kundgegeben. Herr Reesow hat früher einmal gesagt: eigentlich hätten die Freisinnigen die antisemitische Bewegung beginnen müssen. Freilich wird der Freisinn nur von den Juden über Wasser gehalten.

Abg. Ahlwardt: Herr Richter hat einem Abgeordneten einen fahrlässigen Meineid vorgeworfen. Ich beantrage, daß der Reichstag sich jetzt sofort verlegt und eine Kommission niederlegt, um diese Verhuldigung zu prüfen. (Heiterkeit.)

Abg. Richter verweist auf das Erkenntniß der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin vom Januar 1885, in welchem die Wahrheitsliebe des Herrn Stöcker charakterisirt und ihm vorgeworfen wird, daß er unvorsichtig einen Eid geleistet hat.

Abg. Stöcker: Das Gerichtserkenntniß ist längst begraben. (Große Gelächter.) Dem Erkenntniß sind nachher so viele Dementis entgegengestellt worden, daß das Landgericht sich dieses Erkenntnisses schämen mußte.

Abg. Richter: Herr Stöcker hat mit Herrn Ahlwardt auch das gemein, daß er gerichtliche Erkenntnisse, wenn sie gegen ihn gerichtet sind, nicht anerkennen.

Abg. Ahlwardt: Ich stelle fest, daß Herr Richter, der die Juden vertheidigt, besser behandelt wird, als ich, der die Juden angreift.

Damit schließt die Debatte. In seinem Schlusswort erklärt Reichstagspräsident Graf v. Helldorf, daß der zweite Theil der Diskussion sehr bedauerlicher Weise von der Hauptsache abgelenkt sei und weist es zurück, daß die Kommission über die antisemitische Richtung abgeurtheilt habe, wie Herr Richter behauptet. Davon ist gar nicht die Rede gewesen. Herr Ahlwardt würde, wenn er länger Mitglied des Hauses wäre, wissen, daß jede Kommission nur ihren Auftrag zu erledigen hat; sie hatte nur die vorgelegten Schriftstücke zu prüfen und damit war ihre Thätigkeit abgeschlossen. Wenn Herr Ahlwardt von einer Verurteilung sprach, so ist das nur geschehen, soweit sein geistiges Vernehmen dazu Anlaß gab. Es ist verurtheilt worden, daß er schwere Anschuldigungen ausgesprochen hat, ohne Beweise dafür zur Stelle zu haben.

Darauf wird der Rest des Etats ohne weitere Debatte genehmigt und der Etat und das Etatsgesetz sowie das Anleihegesetz im Ganzen endgiltig angenommen.

Schluss 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, den 18. April 1 Uhr. (Interpellation Menzer, Petitionen und zweite Novelle zum Buchergesetz.)

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Einen interessanten Beitrag für die Gedächtnisblätter der Wahlbeeinflussungen in der Nähe Berlins liefert der jetzt erscheinende Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Dr. Prings Hansberg im Kreise Teltow-Deetow-Storow-Gbarlottenburg (s. auch „Politische Uebersicht“). Das eine ungewöhnlich große Anzahl von Ungeprüften bei dieser Reichstagswahl festgestellt wurde, wurde ohne Widerspruch allseitig festgestellt. Die Mehrheit der Kommission hat sich dennoch mit 8 gegen 4 Stimmen für Gültigkeit der Wahl mit Rücksicht darauf entschieden, daß eine große Wahlbeteiligung stattgefunden habe (von 83 948 Wahlberechtigten gaben gegen 52 000 Wähler ihre Stimme ab) und daß Hansberg immer noch einige Tausend Stimmen mehr in der Stichwahl erhalten hätte als Werner, wenn in den Orten, in denen ungeprüfte, bedürftige Verbindungen der sozialdemokratischen Wahlorganisation und der Wahlfreiheit nachgewiesen ist, die Stimmen aller Wahlberechtigten Werner zugerechnet würden. Diese rein kalkulatorische numerische Beurtheilung widerspricht der Nothwendigkeit eines unbedingten Schutzes der Wahl selbst. Daraus wird auch dadurch nichts geändert, daß die Kommission — zwecks eventueller strafrechtlicher Verfolgung einiger besonders eifrig gegenwärtig vorgegangener Beamten — beantragt, einige traurige Fälle zur Kenntniß der preussischen Regierung zu bringen. Die Wahlbeeinflussungen waren nach dem Bericht der Kommission so ungeheuer, daß die Wahl des auf den Krücken des Freisinn und antilicher Wahlbeeinflussung in den Reichstag gelangten konservativen Abgeordneten Prings Hansberg als ungültig erachtet werden muß. Möglicherweise trifft die Mehrheit des Plenums eine dahingehende Entscheidung, wiewohl die Ansicht hierzu keine zu große ist. An der Hand des Berichtes mögen nur folgende Verhältnisse Erwähnung finden. Der Landrath Stubebrand hat durch amtliche Bekanntmachung angeordnet, daß den nicht zum Wahlbezirk Gehörigen der Aufenthalt im Wahllokal nicht gestattet werden solle. Infolge dieser gegenwärtigen Anordnung ist eine große Anzahl Sozialdemokraten aus den Wahllokalen gewiesen, ja wegen angeblichen Hausfriedensbruchs verhaftet und unter Anklage gestellt. Das Kammergericht mußte diese landrätliche Verfügung für gesetzwidrig erachten und die Freisprechungen der Angeklagten bestätigen. Hatte der oberste Verwaltungsrath des Wahlkreises eine ungesetzliche Generalverfügung erlassen, deren Erfolg vielfache gesetzwidrige Behinderung der sozialdemokratischen Wahlorganisation und der Wahlfreiheit war, so kann es nicht Wunder nehmen, wenn niedere Organe des Beamtenbereiches noch krasser vorgehen. So hat die Kommission auf Grund der Zeugenaussagen folgende Vorfälle für erwiesen erachtet. Im Reudorf bei Jossen verbot bei der Hauptwahl am 20. Februar der Gendarm Klingner dem Barbier Schmidt aus Reudorf, vor dem Wahllokal Stimmzettel zu vertheilen, vertrieb ihn mit Gewalt, ritt mit seinem Pferde auf Schmidt los, ritt ihm nach, warf ihn zu Boden, so daß Schmidt aus Nase und Mund blutete, und hieb mit dem Säbel auf Schmidt los. Bei Rangsdorf in Jossen ließ der Gemeindevorsteher Lädke vier Sozialdemokraten gesetzwidrig verhaften und nahm ihnen 600 Wahl-Flugblätter und 1000 Stimmzettel ab. Der Gemeindevorsteher Bretschmann zu Klein-Rodis warf einen Sozialdemokraten aus dem Wahllokal, mißhandelte ihn durch Faustschläge ins Gesicht u. s. w. Großen Aufsehen erregte es in der Kommission, daß die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II ein strafrechtliches Einschreiten abgelehnt hatte, da die Mißhandlung in dem Ausfalle der Ermittlungen keine Befähigung gefunden habe. Da die Staatsanwaltschafts-Akten das Gegentheil dieser Behauptung erwiesen, nahm die Kommission an, daß der Staatsanwalt die belastenden Aussagen wohl übersehen habe und beantragt, auch über diesen Fall der preussischen Regierung Kenntniß zu geben. In Groß-Machnow wurde der sozialdemokratische Stimmzettelertheiler bei der Haupt-

wahl aus dem Wahllokal gewiesen und durch sechs mit Knüppeln bewaffnete Ordnungskräfte aus dem Dorfe herausgetrieben. Ebenfalls forderte der Polizeidiener, wie ein Zeuge bestätigt, die Schuljugend auf, den sozialdemokratischen Stimmzettelertheiler mit Schneebällen zu bewerfen. In und bei Trebbin verhaftete die Obrigkeit drei Stimmzettelertheiler underechtigter Weise wegen angeblichen Landstreichens, die Geldmittel im Betrage bis 8 Mark bei sich trugen, und ließ die ungeschuldigen Verhafteten bis nach Beendigung der Wahl in Haft. Selbst die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, es liegt der dringende Verdacht vor, daß die Verhaftung lediglich das Mittel hat sein sollen, sozialdemokratische Wahlagitator zu verhüten. Als in Trebbin ein Sozialdemokrat durch einen Ordnungsmann mit einem Peil bedroht wurde und den Schutz des Gendarmen anrief — verhaftete der Gendarm den Bedrohten wegen Aufwieglervergehen. In Jossen wurde ein sozialdemokratischer Stimmzettelertheiler aus dem Wahllokal verwiesen, draufhin gemißhandelt.

Gegenüber diesen groben Verletzungen gegen gesetzliche Vorschriften durch Beamte, denen die Aufrechterhaltung und der Schutz der Verfassung berufsmäßig obliegt, läßt sich wohl annehmen, daß ohne deren Erlösung von den gegen 14 000 Wahlberechtigten, die ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, mindestens 4000 ihre Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben haben und damit den Sieg der Sozialdemokraten im Kreise Teltow herbeigeführt haben würden.

Wenn das Plenum des Reichstages die Wahl dennoch für gültig erklären sollte, so würde solcher Beschluß keine größere Verwunderung erregen als die Thatsache, daß trotz der vielen von der Wahlprüfungskommission einstimmig als gesetzwidrig erachteten Beamtenhandlungen ein strafrechtliches Einschreiten gegen einen Beamten noch nicht stattgefunden zu haben scheint — nicht ohne Grund sühnte sich in letzter Zeit der Reichstagsler gemüthigt hervorzuheben, die preussische Justiz rechtfertige das von ihm ihr entgegengebrachte Vertrauen — etwas Selbstverständliches hebt man nicht ausdrücklich hervor.

Tokales.

Die Affäre Ahlwardt hatte gestern eine große Menge Neugieriger nach der Leipzigerstraße geführt. Der Versuch, ein Eintrittsbillet für den Reichstag zu erhalten, gelang freilich nur in den seltensten Fällen, denn soweit die Faktionen Willens erhalten, waren sie im Nu fort, die Tribünenbilletts waren aber gestern schon sämmtliche vergeben. Die Masse begnügte sich deshalb damit, auf der Straße Spalier zu bilden und die Abgeordneten auf ihrem Wege nach Hause vorbei ziehen zu lassen. Dieser Umstand kam den Antisemiten insofern zu nütze, indem es den Ansehen gewann, als ging ihre, für den Abg. Ahlwardt inszenirte Ovation, von einer größeren Menge aus. Die Antisemiten begrüßten nämlich ihren Heros auf dem Hinweg zum Reichstag mit lauten Jauchens und sie wiederholten dieses Manöver, als Ahlwardt nach Schluß der Sitzung das Haus verließ und sich quer über die Straße nach dem Restaurant Leipziger Garten begab, um sich dort von den ausgerufenen Strapazen zu erholen. Schulleute zu Fuß und zu Pferd suchten die Passage frei zu halten.

„Lachen links.“ Als der Abgeordnete Ahlwardt am Montag im Reichstage sagte: „Die von der Firma Kühnemann geleitete Metallindustriellen-Vereinigung sorgt dafür, daß kein einziger in Berlin Arbeit bekommt, der gegen Löwe ausgefagt hat, und einer, der während der ganzen vier Monate, die ich im Gefängnis war, keine Arbeit hatte, hat sich gestern aus Mangel an Substitutionsmitteln aufgehängt“, da erfolgte: „Lachen links“. Haben denn diese Leute gar kein Herz? Die „Staatsbürgerzeitung“ hat vollkommen Recht, wenn sie dieses gemüthliche Lachen der mancherlei Freisinnigen aufs schärfste geißelt. Wenn die antisemitischen Redner durch die Dummheit ihrer Ausführungen ihre Sache diskreditiren und dem Gegner die Sache erleichtern — dann kommt der herzlose Freisinn und führt durch seine feinhartigen, mittellosen Ermüdungen dem Antisemitismus die Spandachin zu.

In betref der Notiz über die Mahregelung eines Brauers der Böhmische Brauerei wegen Niederlegung eines Kranzes auf den Gräbern im Friedhofshain erhalten wir von Herrn Böhme ein Schreiben, in welchem er erklärt:

„Der Brauer König ist nicht dieser Kranzpende wegen entlassen, sondern weil er einen Schafel Bier nicht, wie ihm besonders aufgetragen in den Leubsdorf, vielmehr sich unbedacht glaubend, aus Bequemlichkeit einfach weggeschüttet hat. Vom Brauereier zur Rede gestellt, gab er dies in Gegenwart des Gärbrüders zu mit der Entschuldigung, er hätte nicht gewußt, daß Bier in dem Schafel war.“

Deshalb und weil früher schon Pflichtverletzungen seinerseits vorliegen, wurde er Freitag, den 17. d. M., Mittags 2 Uhr, entlassen.“

Zur Sonntagsschne. Von dem Berliner Polizeipräsidenten ist, wie der „Kontrollirer“ erzählt, auf das Verbot, die Gesckäfte an den beiden letzten Sonntagen vor Ostern während der zulässigen Dauer von 10 Stunden offen zu halten, der Befehl ergangen, daß ein Bedürfnis zur ausnahmeweisen Berücksichtigung des Handels mit sogenannten Saisonartikeln an den beiden letzten Sonntagen vor Ostern nicht anerkannt werden könne.

Der Etats-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat beschlossen, der Versammlung eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer auf 85 pCt. der staatlichen Einkommensteuer vorzuschlagen. Der vorjährige Satz betrug 70 pCt., die Vorlage des Magistrats bringt 90 pCt. in Vorschlag. —

Zum Oberhaupt der Gemeinde Groß-Lichterfelde ist in einer geheimen Sitzung der bisberige Bürgermeister von Salzwedel, Herr Schulz gewählt worden.

In der Anklagesache gegen den Schriftsteller Maximilian Harden wegen Majestätsbeleidigung ist ein neuer Termin zur Hauptverhandlung auf den 7. April cr., Mittags 12 Uhr, vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I anberaumt worden. Es handelt sich bekanntlich um einen Artikel unter der Ueberschrift „Monarchen-Erziehung“.

Herr Gustav Zacharias, Bohmannstr. 15, theilt uns zu der in der Dienstagnunummer über den Tod seines Sohnes veröffentlichten Notiz mit, daß das Kind nicht am Dienstag voriger Woche, sondern bereits in weit früherer Zeit vom Lehrer K. gemißhandelt worden sei.

Die Namen von bestraften Mißthäntschern und Unterhändlern, welche kürzlich das Polizeipräsidenten veröffentlichte, wurden auch von uns mitgetheilt. Unter den genannten Unterhändlern befand sich auch ein Robert Garlipp, Grünauerstr. 40. Die jetzige Inhaberin dieses Geschäftes, Frau Maria Knauer, schreibt uns nunmehr, daß der genannte Garlipp mit dem Geschäft in gar keiner Verbindung mehr stehe, sie habe es seit dem 1. August künftlich übernommen und die Bestrafungen des Garlipp rührten aus früherer Zeit her.

Ein Petroschenschwinder ist in der Person des früheren Gärtners Vogt, der eine Zeit lang Kellermeister bei der Firma Stobwasser Nachfolger gewesen war, verhaftet worden. Er stellte

sich vor einigen Tagen bei der Firma R. als Petroleumhändler...
Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich in der Nacht zum Mittwoch in der Meißnerstr. 23 belegenden Papierschneiderei...

Ueber einen Selbstmord in einem hiesigen Gasthofe wird...
Allgemeine Theilnahme erregt in den betheiligten Kreisen der Selbstmord des Meßnerstr. 9 in Wohnung gewesen...

Einem Leben ein gewalttames Ende bereitet hat in der...
Polizeibericht. Am 21. d. M. Vormittags wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Waldstraße, und Nachmittags ein Schlossermeister in seiner Wohnung, in der Meißnerstraße...

Mit einem Mordversuch aus Eifersucht hatte sich das...
Gerichts-Beitrag.

Ende geföhrt zu haben. Der Schutzmann befandete dagegen...
Im Oktober des vorigen Jahres ging der Polizei die Anzeige zu, dass in dem sogenannten „Bereinszimmer“ des Restaurateurs Johann Stobinski in der Stromstraße...

Eine Anklage wegen Bedrohung, welche gestern vor der...
Die Mechaniker hielten am 21. März in Robert's Saal eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um über den Streik bei der Firma Gross u. Graß zu beraten.

Die Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen...
In derselben wurden die Herren Goll und Schwaab als Reductoren für die Kassensführung der Agitationskommission gewählt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Ende geföhrt zu haben. Der Schutzmann befandete dagegen...
Im Oktober des vorigen Jahres ging der Polizei die Anzeige zu, dass in dem sogenannten „Bereinszimmer“ des Restaurateurs Johann Stobinski in der Stromstraße...

Eine Anklage wegen Bedrohung, welche gestern vor der...
Die Mechaniker hielten am 21. März in Robert's Saal eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um über den Streik bei der Firma Gross u. Graß zu beraten.

Die Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen...
In derselben wurden die Herren Goll und Schwaab als Reductoren für die Kassensführung der Agitationskommission gewählt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

fragte, ob in der Bude gestreift würde, habe der Prinzipal...
In derselben wurden die Herren Goll und Schwaab als Reductoren für die Kassensführung der Agitationskommission gewählt.

Die Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen...
In derselben wurden die Herren Goll und Schwaab als Reductoren für die Kassensführung der Agitationskommission gewählt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

Die Hausdiener, Bäder und Berufsgenossen hielten am...
Am 21. März eine Versammlung ab, in welcher Th. Blode einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das preussische Vereinsgesetz hielt.

